

Dokumentation zum Datenschutz

mit Informationsfreiheitsrecht

Bearbeitet von
Herausgegeben von: Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmman, und Sebastian Bretthauer

68. Auflage. Fortsetzungswerk zur "Dokumentation zum BDSG" 2018. Buch. Rund 8000 S. In 5 Ordnern.
Kunststoffeinband
ISBN 978 3 8487 5000 9

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Telekommunikationsrecht, Postrecht, IT-Recht > Datenschutz, Postrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, red, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three red dots of increasing size. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Spiecker gen. Döhmann
Bretthauer

Dokumentation zum Datenschutz

mit Informationsfreiheitsrecht

1

- Gesetzestexte
- Sektorenregelungen
- Internationale
Rechtsgrundlagen
- Rechtsprechung
- Schwerpunktbeiträge
- Auslegungshilfen der
Datenschutzbehörden



Nomos

Dokumentation zum Datenschutz

mit Informationsfreiheitsrecht

Fortsetzungswerk der Loseblattsammlung
„Dokumentation zum
Bundesdatenschutzgesetz“

Begründet von

Prof. Dr. Dr. h.c. Spiros Simitis | Dr. Ulrich Dammann
Dr. Hansjörg Geiger | Dr. Otto Mallmann | Hans-Joachim Reh

Wissenschaftlich betreut von

Professorin Dr. Indra Spiecker gen. Döhmman | Dr. Sebastian Bretthauer

In Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Datenschutz, Johann
Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main

Redaktion und Schriftleitung: Dr. Sebastian Bretthauer, Lehrstuhl für
Öffentliches Recht, Informationsrecht, Umweltrecht und Verwal-
tungswissenschaft und Forschungsstelle Datenschutz an der Goethe
Universität Frankfurt a.M., sowie Zentrum für Angewandte Rechts-
wissenschaft (ZAR), Institut für Informations- und Wirtschaftsrecht
(IIWR) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)



Nomos

Vorwort zur »Neuen Folge«

Die 68. Lieferung der Dokumentation zum Bundesdatenschutzgesetz führt das traditionsreiche, u.a. von Professor *Dr. Dr. hc. mult. Spiros Simitis* gegründete Werk in ein neues Datenschutz-Zeitalter.

Die Neuregelungen im Datenschutzrecht sind umfassend. Neben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem neuen BDSG entstehen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene neue Regelwerke.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, mit dieser Entwicklung auf allen Ebenen Schritt zu halten. Damit sind wesentliche Erweiterungen und redaktionelle Anpassungen der Sammlung verbunden:

- Das Informationsfreiheitsrecht kommt neu hinzu. Diese Erweiterung, die auch im Titel zum Ausdruck kommt, folgt dem modernen Spannungsfeld von Datenschutz und Informationsfreiheit.
- Alle dokumentierten Urteile wurden redaktionell überarbeitet, übersichtlicher gestaltet und im Wesentlichen auf die letzten fünf Jahre konzentriert. Diese sind durchgängig verstichwortet.
- Alle Publikationen der Datenschutzstellen sind erweitert und aktualisiert.
- Alle Gesetzesdokumente wurden gesichtet, wo nötig Teile gestrafft und in den Signaturen auf den neuesten Stand gebracht.
- Ganz neu sind die gezielten Einführungstexte zu wichtigen Einzelthemen, so zu den neuen Schnittstellenproblematiken Europäisches Recht/Nationales Recht/Recht der Bundesländer.
- Schritt um Schritt wird die Dokumentation der sektoralen Datenschutzregeln ausgebaut. Auf einen Blick erhält der Nutzer »seine« gesetzlichen Vorgaben auf dem neuesten Stand.

Mit dem Verlag sind wir uns einig gewesen, dass die Loseblattform der dynamischen Rechtsentwicklung nach wie vor am besten gerecht wird. Umso wichtiger war es uns dabei, eine kontinuierliche Nachlieferung zu verlässlichen Konditionen sicherzustellen und eine elektronische Anbindung für die Bezieher zu ermöglichen. Es freut uns, dass nunmehr jeder Bezieher sein Werk parallel auch online nutzen kann und dabei auch weitere Volltextdokumentationen erhält, und das zu festen Preisen.

Wir danken Herrn Dr. Ganzhorn vom Nomos Verlag für seinen unermüdlichen Einsatz, der wesentlich zur Neugestaltung und -konzeptionierung der Dokumentation beigetragen hat. Ebenso geht unser Dank an die Mitarbeiter der Forschungsstelle Datenschutz, Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/Main, sowie den Redaktionen »Das Deutsche Bundesrecht« und »Handbuch des Europäischen Rechts«, Nomos Verlagsgesellschaft, für die fachliche Begleitung. Nun wünschen wir der »Neuen Folge« der Dokumentation eine freundliche Aufnahme.

Frankfurt a.M., im März 2018

Dr. Sebastian Bretthauer

Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmnn

Inhaltsbeschreibung

A. Europa	Ordner 1	E. Sektorenregelungen	Ordner 3 & 4
B. Bund	Ordner 1	F. Entscheidungssammlung	Ordner 4
C. Bundesländer	Ordner 1	G. Akteure im Datenschutz	Ordner 4 & 5
D. Internationales	Ordner 2 & 3	H. Informationsfreiheitsrecht	Ordner 5

Die »Dokumentation zum Datenschutz« ist in acht Kapitel unterteilt und umfasst alle maßgeblichen Gesetzestexte aus den Bereichen Datenschutz und Informationsfreiheit, dokumentiert die wichtigsten Hinweise aus der Datenschutzpraxis und unterrichtet über die zentralen Gerichtsentscheidungen. Einführungstexte von namenhaften Autoren erleichtern zudem den Einstieg in das jeweilige Kapitel. Einen eindrucksvollen Überblick über die gesamte Bandbreite von Datenschutz- und Informationsfreiheitsrecht und somit auch über die vorliegende Dokumentation wird im Einführungstext unter der Signatur 0.1 wiedergegeben.

Die vor allem das **Datenschutzrecht** betreffenden Inhalte sind in den ersten sieben Kapiteln (A. bis G.) verortet:

- Im ersten Kapitel (**A. Europa**) finden sich die wesentlichen datenschutzrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union wieder. Das betrifft zunächst die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Daneben sind Auszüge des Vertrages über die Europäische Union (EUV), des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) sowie weitere wichtige datenschutzrechtliche Vorschriften verschiedener europäischer Organe enthalten. Abgerundet wird das Kapitel durch eine Synopse zwischen der DSGVO und der bisher geltenden Datenschutzrichtlinie 95/46/EG (DSRL).
- Das nachfolgende Kapitel (**B. Bund**) befasst sich mit den relevanten bundesgesetzlichen Normen zum Datenschutz. Das betrifft zuvorderst das neue Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), das parallel zur DSGVO in Kraft getreten ist. Daneben sind wichtige datenschutzrelevante Vorschriften aus diversen weiteren Gesetzen wie etwa dem BGB, der ZPO, der VwGO, dem VwVfG, dem StGB, der StPO oder dem OWiG abgedruckt.
- Dem schließt sich ein Kapitel (**C. Bundesländer**) mit den maßgeblichen landesrechtlichen Normen an. Neben den spezifischen Landesdatenschutzgesetzen finden sich dort ebenfalls die landesverfassungsrechtlichen Grundlagen zum Datenschutz. Ergänzt wird dieses Kapitel mit weiteren datenschutzspezifischen Vorschriften (etwa über Gebührenordnungen oder Zuständigkeitsregelungen).
- Das vierte Kapitel (**D. Internationales**) enthält zunächst in einem ersten Abschnitt die entscheidenden internationalen und supranationalen Vorschriften zum Datenschutz wie etwa solche der Vereinten Nationen, der OECD oder der Schengener Vertragsstaaten. In einem umfangreichen zweiten Abschnitt finden sich zahlreiche Regelwerke aus vielen Ländern der Welt, die datenschutzrechtliche Relevanz aufweisen und beständig aktualisiert werden.
- Das folgende Kapitel (**E. Sektorenregelungen**) enthält das sog »bereichsspezifische Datenschutzrecht«. Hier werden alle wesentlichen Vorschriften der Sektoren Sozialrecht, Gesundheits- und Medizinrecht, Finanzrecht, Beschäftigtendatenschutz, Kirchenrecht, Internet, IT-Sicherheitsrecht, Polizei- und Sicherheitsrecht, Vertragsdatenschutz sowie Wissenschaft, Forschung und Bildung abgedruckt. Bei der Zusammenstellung der abgebildeten Normen sind in der Regel die für die Einführungstexte zu den einzelnen Sektoren zuständigen Autoren behilflich.

- Im Anschluss folgt das sechste Kapitel (**F. Entscheidungssammlung**), das die für das Datenschutzrecht zentralen und relevanten Urteile zur GRCh, Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), DSGVO, Verordnung 45/2001 sowie zum Grundgesetz (GG) und zum BDSG enthält. Daneben wurden auch die maßgeblichen Urteile zur vormals geltenden DSRL sowie zum BDSG 1990 beibehalten. Eine Entscheidung wird immer unter der sie prägenden datenschutzrechtlichen Vorschrift abgelegt (zB unter § 1 BDSG). Zur besseren Auffindbarkeit aller Entscheidungen dient die Entscheidungssynopse (s. u. unter Übersichten/ Verzeichnisse).
- Das letzte den Datenschutz betreffende Kapitel (**G. Akteure im Datenschutz**) umfasst die wichtigsten gesetzlichen Vorgaben sowie die bedeutsamsten Veröffentlichungen – Stellungnahmen, Leitlinien, Entschliefungen, Orientierungs- und Handlungshilfen – des Europäischen Datenschutzausschusses (ehemals Art. 29-Gruppe), der Europäischen und internationalen Datenschutzkonferenz, der Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder und des Düsseldorfer Kreises. Weitere Orientierungs- und Handlungshilfen runden dieses Kapitel ab.

Das **Informationsfreiheitsrecht** wird in einem eigenen Kapitel (H.) behandelt, das jedoch in seiner Struktur den einzelnen Kapiteln zum Datenschutzrecht entspricht:

- Das die Dokumentation abschließende achte Kapitel (**H. Informationsfreiheitsrecht**) bündelt zunächst alle maßgeblichen und zentralen Normen zur Informationsfreiheit. So sind etwa auf europäischer Ebene die Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der Organe der EU (VO 1049/2001), auf nationaler Ebene das Bundesinformationsfreiheitsgesetz (IFG) und auf Länderebene die spezifischen Länderinformationsfreiheitsgesetze enthalten. Doch auch internationale Vorschriften sowie Sektorenregelungen – insb. zum Verbraucherschutz-, zum Umwelt- und zum Presserecht – können eingesehen werden. Die Entscheidungssammlung ist strukturell wie die Entscheidungssammlung zum Datenschutz gegliedert, sodass Entscheidungen zu bereichsspezifischen Regelungen der entsprechenden allgemeinen informationsrechtlichen Norm – wie etwa der GRCh oder dem IFG – zugeordnet werden. Schließlich sind auch die relevanten Veröffentlichungen der Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten als »Akteure des Informationsfreiheitsrechts« enthalten.

Darüber hinaus strukturieren zahlreiche **Übersichten und Verzeichnisse** die Dokumentation und erleichtern so das Auffinden der maßgeblichen Passagen:

- Sowohl in Kapitel F als auch in Kapitel H 6 befindet sich nach dem Inhaltsverzeichnis eine sog. **Entscheidungssynopse** (ehemals Gesetzesregister). Diese dient dazu, relevante Gerichtsentscheidungen ausfindig zu machen, die zu bestimmten Vorschriften ergangen sind. Denn eine Entscheidung nimmt zumeist auf mehrere Vorschriften Bezug (zB auf §§ 1, 4 und 28 BDSG), kann in der Dokumentation aber systembedingt nur unter der sie prägenden Vorschrift abgelegt werden (zB unter § 1 BDSG).
- Ein umfangreiches **Stichwortverzeichnis** garantiert ein rasches Auffinden relevanter Suchbegriffe. Das Verzeichnis setzt sich aus den wichtigsten Begriffen aus den Entscheidungssammlungen, den Veröffentlichungen der Akteure im Datenschutz/Informationsfreiheitsrecht sowie den Einführungstexten zusammen.
- Das **Verzeichnis der Einführungstexte** erklärt in wenigen Worten das Konzept dieser besonderen Art von Erläuterung und führt dann die in der Dokumentation bislang erschienenen Einführungstexte auf.

Inhaltsverzeichnis

ORDNER 1

Vorwort zur Ergänzungslieferung
Vorwort zur »Neuen Folge«
Inhaltsbeschreibung
Inhaltsverzeichnis
Verzeichnis der Einführungstexte
Abkürzungsverzeichnis
Stichwortverzeichnis

0.1 *Dix*: Datenschutz und Informationsfreiheit – Einführung –

A. Europa

A Inhaltsverzeichnis
A 0.1 *Roßnagel*: Grundlagen des europäischen Datenschutzrechts – Einführung –
A 0.2 *Albrecht*: Entstehungsgeschichte: Von der Richtlinie zur Verordnung – Einführung –

A 1 Grundlagen

A 1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO)
A 1.2 Vertrag über die Europäische Union idF des Vertrags von Lissabon (EUV) – Auszug –
A 1.3 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) – Auszug –
A 1.4 Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Auszug –

A 2 Europarat

A 2.1 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) – Auszug –
A 2.2 Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Konvention 108 – DaSchÜbk)
A 2.3 Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Konvention 108) bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung (SEV-Nr. 181)
A 2.4 Mustervertrag zur Sicherstellung des gleichwertigen Datenschutzes im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Datenverkehr mit erläuterndem Memorandum

A 2.5 Empfehlungen des Ministerkomitees

A 2.5.1 Empfehlung Nr. R (86) 1 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zum Schutz personenbezogener Daten, die für Zwecke der sozialen Sicherheit eingesetzt werden
A 2.5.2 Empfehlung Nr. R (87) 15 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich
A 2.5.3 Empfehlung Nr. R (90) 19 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zum Schutz personenbezogener Daten, die für Zahlungszwecke oder andere damit im Zusammenhang stehende Geschäfte verwendet werden
A 2.5.4 Empfehlung Nr. R (91) 10 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten für die Übermittlung der von öffentlichen Stellen gespeicherten personenbezogenen Daten an Dritte

- A 2.5.5 Empfehlung Nr. R (95) 4 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zum Schutz personenbezogener Daten auf dem Gebiet der Telekommunikationsdienste, unter besonderer Bezugnahme auf Telefondienste
- A 2.5.6 Mustervertrag zur Sicherstellung des gleichwertigen Datenschutzes im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Datenverkehr mit erläuterndem Memorandum
- A 2.5.7 Empfehlung R (97) 5 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über den Schutz medizinischer Daten
- A 2.5.8 Empfehlung R (97) 18 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über den Schutz der personenbezogenen Daten, die für statistische Zwecke erhoben und verarbeitet werden
- A 2.5.9 Empfehlung R (99) 5 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten für den Schutz des Persönlichkeitsbereiches im Internet
- A 2.5.10 Empfehlung R (2002) 9 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zum Schutz personenbezogener Daten, die zu Versicherungszwecken erhoben und verarbeitet werden
- A 2.5.11 Empfehlung CM/Rec(2010)13 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über den Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Profiling
- A 2.5.12 Recommendation CM/Rec(2012)3 of the Committee of Ministers to member States on the protection of human rights with regard to search engines
- A 2.5.13 Recommendation CM/Rec(2012)4 of the Committee of Ministers to member States on the protection of human rights with regard to social networking services
- A 2.5.14 Recommendation CM/Rec(2015)5 of the Committee of Ministers to member States on the processing of personal data in the context of employment

A 3 Europäische Union

A 3.1 EU-Verordnungen

- A 3.1.1.1 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG
- A 3.1.1.2 Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr
- A 3.1.1.3 Durchführungsbestimmungen in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr

A 3.2 EU-Richtlinien

- A 3.2.1 Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum Freien Datenverkehr
- A 3.2.2 Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates

A 3.3 Europäischer Rat

- A 3.3.1 Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden (RB 2008/977/JI)

Inhaltsverzeichnis

A 3.4 Texte der Europäischen Kommission

- A 3.4.1 Entscheidung der Kommission vom 15. Juni 2001 hinsichtlich Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländer nach der Richtlinie 95/46/EG
- A 3.4.2 Beschluss der Kommission vom 5. Februar 2010 über Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Auftragsverarbeiter in Drittländern nach der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (2010/87/EU)
- A 3.4.3.1 Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1250 der Kommission vom 12. Juli 2016 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes
- A 3.4.3.2 Entscheidung der Kommission vom 26. Juli 2000 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des von den Grundsätzen des »sicheren Hafens« und der diesbezüglichen »Häufig gestellten Fragen« (FAQ) gewährleisteten Schutzes, vorgelegt vom Handelsministerium der USA (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2000) 2441) (2000/520/EG)
- A 3.4.4.1 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union
- A 3.4.4.2 Begleitunterlage zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union

A 4 Synopse

- A 4.1 Synopse Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) – Datenschutzrichtlinie (RL 95/46/EG – DSRL)

B. Bund

- B Inhaltsverzeichnis
- B 1.1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG 2018)
- B 1.2 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG 1990)
- B 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Auszug –
- B 3 Zivilprozessordnung (ZPO) – Auszug –
- B 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) – Auszug –
- B 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) – Auszug –
- B 6 Strafgesetzbuch (StGB) – Auszug –
- B 7 Strafprozessordnung (StPO) – Auszug –
- B 8 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) – Auszug –

C. Bundesländer

- C Inhaltsverzeichnis

C 1 Baden-Württemberg

- C 1.1 Verfassung des Landes Baden-Württemberg (LV BW) – Auszug –
- C 1.2 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Landesdatenschutzgesetz – LDSG)
- C 1.3 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Baden-Württemberg: Hinweise zum Landesdatenschutzgesetz
- C 1.4 Innenministerium, Merkblatt, Der Beauftragte für den Datenschutz

- C 2 Bayern**
C 2.1 Verfassung des Freistaates Bayern – Auszug –
C 2.2 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG)
C 2.3 Vollzug des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei und der Bayerischen Staatsministerien Nr. 1 G 3 – 1082.11 – 1
- C 3 Berlin**
C 3.1 Verfassung von Berlin – Auszug –
C 3.2 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz – BlnDSG)
- C 4 Brandenburg**
C 4.1 Verfassung des Landes Brandenburg – Auszug –
C 4.2 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Land Brandenburg (Brandenburgisches Datenschutzgesetz – BbgDSG)
C 4.3 Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern zur Durchführung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (VV zum BbgDSG)
- C 5 Bremen**
C 5.1 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Auszug –
C 5.2 Bremisches Datenschutzgesetz (BrDSG)
C 5.3 Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundesdatenschutzgesetz und dem Bremischen Datenschutzgesetz
- C 6 Hamburg**
C 6.1 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (Hmb Verf) – Auszug –
C 6.2 Hamburgisches Datenschutzgesetz (HmbDSG)
C 6.3 Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Datenschutzes
C 6.4 Gebührenordnung für die datenschutzrechtliche Kontrolle im nicht-öffentlichen Bereich (Datenschutzgebührenordnung – DSGeBO)
- C 7 Hessen**
C 7.1 Verfassung des Landes Hessen (HV) – Auszug –
C 7.2 Hessisches Datenschutzgesetz (HDSG)
- C 8 Mecklenburg-Vorpommern**
C 8.1 Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Auszug –
C 8.2 Gesetz zum Schutz des Bürgers bei der Verarbeitung seiner Daten (Landesdatenschutzgesetz – DSG M-V)
- C 9 Niedersachsen**
C 9.1 Niedersächsische Verfassung – Auszug –
C 9.2 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG)
- C 10 Nordrhein-Westfalen**
C 10.1 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Auszug –
C 10.2 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW)
C 10.3 Runderlass: Bestellung von behördlichen Datenschutzbeauftragten gemäß § 32a DSG NRW

Inhaltsverzeichnis

C 11 Rheinland-Pfalz

- C 11.1 Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz – Auszug –
- C 11.2 Landesdatenschutzgesetz (LD SG)
- C 11.3 Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz Hinweise und Empfehlungen zur Umsetzung des Landesdatenschutzgesetzes (LD SG) vom 5. Juli 1994 (GVBl. S. 293)
- C 11.4 Datenschutzordnung des Landtags

C 12 Saarland

- C 12.1 Verfassung des Saarlandes – Auszug –
- C 12.2 Saarländisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Saarländisches Datenschutzgesetz – SDSG)

C 13 Sachsen

- C 13.1 Verfassung des Freistaates Sachsen – Auszug –
- C 13.2 Gesetz zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG)
- C 13.3 Bekanntmachung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zu Datenschutzbeauftragten öffentlicher Stellen (§ 11 SächsDSG)
- C 13.4 Bekanntmachung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zum Verzeichnis automatisierter Verarbeitungsverfahren (§ 10 SächsDSG)
- C 13.5 Bekanntmachung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zur Vorabkontrolle (§ 10 Abs. 5 SächsDSG)
- C 13.6 Mustervertrag zur Auftragsdatenverarbeitung gemäß § 7 SächsDSG

C 14 Sachsen-Anhalt

- C 14.1 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt – Auszug –
- C 14.2 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (Datenschutzgesetz Sachsen-Anhalt – DSG LSA)
- C 14.3 Verwaltungsvorschriften zum Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (VV-DSG-LSA) Gem. RdErl. des MI, der StK und der übrigen Min. – 41.21B-05519/1 –
- C 14.4 Durchführung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger; Datenschutzmaßnahmen im Sinne des § 11 Abs. 4 bei evangelischen Kirchen und der römisch-katholischen Kirche im Bereich des Landes Sachsen-Anhalt Runderlaß des Ministeriums des Innern (41.2-0543/2)

C 15 Schleswig-Holstein

- C 15.1 Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (SHVerf) – Auszug –
- C 15.2 Schleswig-Holsteinisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LD SG)
- C 15.3 Hinweise des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz zur Durchführung eines Datenschutz-Behördenaudits nach § 43 Abs. 2 LD SG
- C 15.4 Landesverordnung über die Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutzverordnung – DSV O)

C 16 Thüringen

- C 16.1 Verfassung des Freistaats Thüringen – Auszug –
- C 16.2 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG)
- C 16.3 Hinweise des Thüringer Innenministeriums zum Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG)

C 17 Anschriften

- C 17 Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder und Aufsichtsbehörden für den nicht-öffentlichen Bereich

ORDNER 2

D. Internationales

D Inhaltsverzeichnis

D 1 Internationale und supranationale Regelungen

D 1.1 Vereinte Nationen

D 1.1.1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) – Auszug –

D 1.1.2 Richtlinien betreffend personenbezogene Daten in automatisierten Dateien

D 1.1.3 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) – Auszug –

D 1.1.4 The right to privacy in the digital age

D 1.2 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

D 1.2.1.1 Empfehlung des Rates über Leitlinien für den Schutz des Persönlichkeitsbereichs und den grenzüberschreitenden Verkehr personenbezogener Daten (Leitlinien OECD)

D 1.2.1.2 Recommendation of the Council concerning Guidelines governing the Protection of Privacy and Transborder Flows of Personal Data (2013)

D 1.2.2 Recommendation of the Council on Cross-Border Co-operation in the Enforcement of Laws Protecting Privacy

D 1.2.3 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Privacy Online: Policy and Practical Guidance

D 1.3 Schengener Vertragsstaaten

D 1.3.1 Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜ) – Auszug –

D 2 Regelungen der UN-Länder

D 2.3 Albanien

D 2.3.1 Law No. 9887 on Protection of Personal Data

D 2.9 Argentinien

D 2.9.1 Constitution of the Argentine Nation – excerpt –

D 2.9.2 Personal Data Protection Act – Act 25.326 –

D 2.10 Armenien

D 2.10.1 Constitution of the Republic of Armenia (RA) – excerpt –

D 2.10.2 Law of the Republic of Armenia on Personal Data

D 2.13 Australien

D 2.13.1 Privacy Act 1988

D 2.18 Belgien

D 2.18.1 Gesetz über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten vom 8. Dezember 1992

D 2.23 Bosnien und Herzegowina

D 2.23.1 Law on the Protection of Personal Data

Inhaltsverzeichnis

D 2.25	Brasilien
D 2.25.1	Constitution of Brazil – excerpt –
D 2.27	Bulgarien
D 2.27.1	Constitution of the Republic of Bulgaria – excerpt –
D 2.27.2	Law for Protection of Personal Data
D 2.28	Burkina Faso
D 2.28.1	Loi N° 010–2004/AN portant protection des données à caractère personnel
D 2.31	China
D 2.31.0	<i>Kipker</i> : Chinesisches Cyber-Sicherheitsgesetz – Einführung –
D 2.31.1	Cybersecurity Law
D 2.33	Dänemark
D 2.33.1	The Act on Processing of Personal Data
D 2.43	Estland
D 2.43.1	Personal Data Protection Act
D 2.45	Finnland
D 2.45.1	The Constitution of Finland – excerpt –
D 2.45.2	Personal Data Act (523/99)
D 2.45.3	Act on the Protection of Privacy in Working Life
D 2.46	Frankreich
D 2.46.1	Act no 78–17 of 6 January 1978 on Data Processing, Data Files and Individual Liberties
D 2.46.2	Decree No 2005–1309 of 20 October 2005 enacted for the application of Act No 78–17 of 6 January 1978 on Data Processing, Files and Individual Liberties
D 2.49	Georgien
D 2.49.1	Law of Georgia No 2869 on Personal Data Protection
D 2.52	Griechenland
D 2.52.1	Constitution of Greece – excerpt –
D 2.52.2	Law 2472/1997 on the Protection of Individuals with regard to the Processing of Personal Data
D 2.53	Großbritannien
D 2.53.1	Data Protection Act 1998
D 2.64	Irland
D 2.64.1	Data Protection Act, 1988
D 2.64.2	Data Protection Act 1988 (Section 16(1)) Regulations 2007 Prn. A7/1761
D 2.64.3	British-Irish Agreement Act, 1999 – excerpt –
D 2.65	Island
D 2.65.1	Act on Protection and Processing of Personal Data, No. 77/2000
D 2.66	Israel
D 2.66.1	The Basic Law on Human Dignity and Freedom – excerpt – (5752-1992)
D 2.66.2	Protection of Privacy Law, 5741 – 1981
D 2.66.3	Privacy Protection (Transfer of Data to Databases Abroad) Regulations, 5761–2001
D 2.67	Italien
D 2.67.1	Personal Data Protection Code

Inhaltsverzeichnis

D 2.69	Japan
D 2.69.1	Act on the Protection of Personal Information Act No. 57 of 2003
D 2.69.2	Act on the Use of Numbers to Identify a Specific Individual in the Administrative Procedure – excerpt –
D 2.74	Kanada
D 2.74.1	Privacy Act (Office Consolidation)
D 2.74.2	Personal Information Protection and Electronic Documents Act (PIPEDA)
D 2.81	Kolumbien
D 2.81.1	Colombian Constitution of 1991 – excerpt –
D 2.84	Kroatien
D 2.84.1	Constitution of the Republic of Croatia – excerpt –
D 2.84.2	Personal Data Protection Act
D 2.84.3	Regulation on the Manner of Keeping the Records of Personal Data Filing Systems and the Pertinent Records Form
D 2.89	Lettland
D 2.89.1	Personal Data Protection Law
D 2.93	Liechtenstein
D 2.93.1	Datenschutzgesetz (DSG)
D 2.93.2	Verordnung zum Datenschutzgesetz (Datenschutzverordnung – DSV)
D 2.94	Litauen
D 2.94.1	Law on Legal Protection of Personal Data
D 2.95	Luxemburg
D 2.95.1	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung
D 2.95.2	Großherzogliche Verordnung in Bezug auf den Datenschutzbeauftragten und in Ausführung von Artikel 10, Absatz (10) des Gesetzes vom 2. August 2002 zum Schutz personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung
D 2.98	Malaysia
D 2.98.1	Act 709 Personal Data Protection Act 2010
D 2.101	Malta
D 2.101.1	Data Protection Act
D 2.102	Marokko
D 2.102.1	Loi n° 09-08 relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel
D 2.105	Mauritius
D 2.105.1	Data Protection Act
D 2.106	Mazedonien
D 2.106.1	Law on Personal Data Protection
D 2.107	Mexiko
D 2.107.1	Federal Law on Protection of Personal Data held by Private Parties
D 2.112	Montenegro
D 2.112.1	Personal Data Protection Law
D 2.118	Neuseeland
D 2.118.1	Privacy Act 1993

Inhaltsverzeichnis

D 2.120 Niederlande

- D 2.120.1 Verfassung des Königreiches der Niederlande – Auszug –
- D 2.120.2 The Personal Data Protection Act

D 2.124 Norwegen

- D 2.124.1 Gesetz Nr. 31 über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Gesetz über personenbezogene Daten)
- D 2.124.2 Regulations on the processing of personal data (Personal Data Regulations)
- D 2.124.3 Notification of processing of personal data

D 2.126 Österreich

- D 2.126.1 Bundesgesetz über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000)
- D 2.126.2 Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) – Auszug –
- D 2.126.3 Verordnung des Bundeskanzlers über den angemessenen Datenschutz in Drittstaaten (Datenschutzangemessenheits-Verordnung – DSAV)
- D 2.126.4 Verordnung des Bundeskanzlers über Standard- und Musteranwendungen nach dem Datenschutzgesetz 2000 (Standard- und Muster-Verordnung 2004 – StMV 2004)
- D 2.126.5 Verordnung des Bundeskanzlers über das bei der Datenschutzbehörde eingerichtete Datenverarbeitungsregister (Datenverarbeitungsregister-Verordnung 2012 – DVRV 2012)

ORDNER 3

D 2.133 Peru

D 2.133.1 Law No. 29733 for Personal Data Protection

D 2.134 Philippinen

D 2.134.1 An Act Protecting Individual Personal Information in Information and Communications Systems in the Government and the Private Sector, Creating for this Purpose a National Privacy Commission, and for other Purposes

D 2.135 Polen

D 2.135.1 The Constitution of the Republic of Poland – excerpt –

D 2.135.2 Act on the Protection of Personal Data

D 2.135.3 The Statutes of the Bureau of the Inspector General for Personal Data Protection

D 2.135.4 Dokumentation zur Verarbeitung personenbezogener Daten und die technischen und organisatorischen Bedingungen, welche informatische Geräte und Systeme zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfüllen sollen

D 2.135.5 Regulation by the Minister of Internal Affairs and Administration

D 2.136 Portugal

D 2.136.1 Constitution of the Portuguese Republic – excerpt –

D 2.136.2 Act on the Protection of Personal Data (transposing into the Portuguese legal system Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data)

D 2.138 Rumänien

D 2.138.1 Law no. 677/2001 for the Protection of Persons concerning the Processing of Personal Data and Free Circulation of Such Data

D 2.138.2 Law no. 102/2005 Regarding the Setting up, Organisation and Functioning of the National Supervisory Authority for Personal Data Processing

D 2.139 Russland

D 2.139.1 Constitution of Russia – excerpt –

D 2.139.2 Federal Law Personal Data

D 2.146 Schweden

D 2.146.1 Regierungs-Instrument (Verfassungs-Urkunde) – Auszug –

D 2.146.2 Personal Data Act (1998:204)

D 2.146.3 Personal Data Ordinance (1998:1191)

D 2.146.4 Regulations of the Data Inspection Board on the matter of the obligation to notify the processing of personal data to the Data Inspection Board

D 2.146.5 Data Inspection Board Regulation providing an exemption from the prohibition preventing entities other than official authorities from processing personal data relating to offences etc.

D 2.147 Schweiz

D 2.147.1 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft – Auszug –

D 2.147.2 Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)

D 2.147.3 Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VD SG)

D 2.149 Serbien

D 2.149.1 Law on Personal Data Protection

D 2.153 Singapur

D 2.153.1 Personal Data Protection Act 2012 (No. 26 of 2012)

Inhaltsverzeichnis

D 2.154 Slowakische Republik

- D 2.154.1 The Constitution of the Slovak republic of 1 September 1992 – excerpt –
- D 2.154.2 Act No. 122/2013 Coll. on Protection of Personal Data and on Changing and Amending of other acts, resulting from amendments and additions executed by the Act. No. 84/2014 Coll.

D 2.155 Slowenien

- D 2.155.1 Slovenian Constitution (1991) – excerpt –
- D 2.155.2 Personal Data Protection Act (ZVOP-1)
- D 2.155.3 Information Commissioner Act

D 2.157 Spanien

- D 2.157.1 Die Spanische Verfassung 1978 – Auszug –
- D 2.157.2 Organic Law 15/1999 on the Protection of Personal Data
- D 2.157.3 Royal Decree 1720/2007, which approves the Regulation implementing Organic Law 15/1999, of 13 December, on the Protection of Personal Data

D 2.162 Südafrika

- D 2.162.1 Personal Information Act, 2013 Act No. 4 of 2013

D 2.164 Südkorea (Republik Korea)

- D 2.164.1 Personal Information Protection Act

D 2.171 Thailand

- D 2.171.1 Official Information Act, B.E. 2540(1997)

D 2.174 Trinidad und Tobago

- D 2.174.1 Data Protection Act Chapter 22:04

D 2.176 Tschechien (Tschechische Republik)

- D 2.176.1 Act on the Protection of Personal Data (Personal Data Protection Act – PDPA) Act 101

D 2.177 Tunesien

- D 2.177.1 Loi portant sur la Protection des Données à Caractère Personnel Loi organique n° 2004-63 du 27 juillet 2004, portant sur la protection des données à caractère personnel
- D 2.177.2 Décret n° 2007-3003 du 27 novembre 2007, fixant les modalités de fonctionnement de l'instance nationale de protection des données à caractère personnel
- D 2.177.3 Décret n° 2007-3004 du 27 novembre 2007, fixant les conditions et les procédures de déclaration et d'autorisation pour le traitement des données à caractère personnel

D 2.182 Ukraine

- D 2.182.1 Constitution of Ukraine – excerpt –
- D 2.182.2 Law of Ukraine on Protection of Personal Data
- D 2.182.3 Law on Information

D 2.183 Ungarn

- D 2.183.1 Act CXII of 2011 on the Right of Informational Self-Determination and on Freedom of Information
- D 2.183.2 Act XX of 1949 The Constitution of the Republic of Hungary – excerpt –

D 2.184 Uruguay

- D 2.184.1 Act No. 18.331 (Act on the Protection of Personal Data – PPDA)
- D 2.184.2 Decree 414/009
- D 2.184.3 Decree 664/008 Establish the Personal Database Record

D 2.188 Vereinigte Arabische Emirate (VAE)

- D 2.188.1 Data Protection Law 2007

- D 2.189 Vereinigte Staaten von Amerika (USA)**
 - D 2.189.1 The Privacy Act of 1974
- D 2.190 Vietnam**
 - D 2.190.1 Law on Network Information Security – excerpt –
- D 2.193 Zypern**
 - D 2.193.1 The Processing of Personal Data (Protection of Individuals) Law 138 (I) 2001

D 3 Regelungen weiterer Länder

- D 3.3 Kosovo**
 - D 3.3.1 Law No.03/L – 172 on the Protection of Personal Data
- D 3.7 Taiwan**
 - D 3.7.1 Personal Information Protection Act
 - D 3.7.2 Enforcement Rules of the Personal Information Protection Act

E. Sektorenregelungen

- E Inhaltsverzeichnis

E 1 Sozialrecht

- E 1.1 Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil – Auszug –
- E 1.2 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – Auszug –
- E 1.3 Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung – Auszug –
- E 1.4 Viertes Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – Auszug –
- E 1.5 Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung – Auszug –
- E 1.6 Sozialgesetzbuch (SGB) Sechstes Buch (VI) – Gesetzliche Rentenversicherung – Auszug –
- E 1.7 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – Auszug –
- E 1.8 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – Auszug –
- E 1.9 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – Auszug –
- E 1.10 Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung – Auszug –

E 2 Gesundheits- und Medizinrecht

E 2.1 Europa

- E 2.1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) – Auszug –

E 2.2 Bund

- E 2.2.1 Strafgesetzbuch (StGB) – Auszug –
- E 2.2.2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Auszug –
- E 2.2.3 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) – Auszug –
- E 2.2.4 Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) – Auszug –

Inhaltsverzeichnis

- E 2.2.5 Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung – RöV) – Auszug –
- E 2.2.6 Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz – VVG) – Auszug –
- E 2.2.7 Gesetz über die Entgelte für voll- und teilstationäre Krankenhausleistungen (Krankenhausentgeltgesetz – KHEntgG) – Auszug –
- E 2.2.8 Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung – StrlSchV) – Auszug –
- E 2.2.9 Gesetz zur Regelung des Transfusionswesens (Transfusionsgesetz – TFG) – Auszug –
- E 2.2.10 Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz – BSIG) – Auszug –
- E 2.2.11 Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung – BSI-KritisV) – Auszug –
- E 2.2.12 Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz – GenDG) – Auszug –
- E 2.2.13 Verordnung über das Verschreiben, die Abgabe und den Nachweis des Verbleibs von Betäubungsmitteln (Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung – BtMVV) – Auszug –
- E 2.2.14 Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters (Notfallsanitätergesetz – NotSanG)
- E 2.2.15 Gesetz über den Zivildienst und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivildienst- und Katastrophenhilfegesetz – ZSKG) – Auszug –
- E 2.2.16 Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG) – Auszug –
- E 2.2.17 Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz – GenTG) – Auszug –
- E 2.2.18 Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit Biologischen Arbeitsstoffen (Biostoffverordnung – BioStoffV)
- E 2.2.19 Bundeskrebisregisterdatengesetz (BKRG)
- E 2.2.20 (Muster-)Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte (MBO-Ä 1997) – Auszug –
- E 2.3 Bundesländer**
 - E 2.3.1.1 Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg (LKHG) – Auszug –
 - E 2.3.2.1 Bayerisches Krankenhausgesetz (BayKrG) – Auszug –
 - E 2.3.3.1 Landeskrankenhausgesetz (LKG) – Auszug –
 - E 2.3.4.1 Gesetz zur Entwicklung der Krankenhäuser im Land Brandenburg (Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz – BbgKHEG) – Auszug –
 - E 2.3.5.1 Bremisches Krankenhausdatenschutzgesetz (BremKHDSG)
 - E 2.3.6.1 Hamburgisches Krankenhausgesetz (HmbKHG) – Auszug –
 - E 2.3.7.1 Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen (Hessisches Krankenhausgesetz 2011 – HKHG 2011) – Auszug –
 - E 2.3.8.1 Krankenhausgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeskrankenhausgesetz – LKHG M-V) – Auszug –
 - E 2.3.10.1 Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Gesundheitswesen (Gesundheitsdatenschutzgesetz – GDSG NW)
 - E 2.3.11.1 Landeskrankenhausgesetz (LKG) – Auszug –
 - E 2.3.12.1 Saarländisches Krankenhausgesetz (SKHG) – Auszug –
 - E 2.3.13.1 Gesetz zur Neuordnung des Krankenhauswesens (Sächsisches Krankenhausgesetz – SächsKHG) – Auszug –
 - E 2.3.16.1 Thüringer Krankenhausgesetz (ThürKHG) – Auszug –

E 3 Finanzrecht

E 3.1 Kreditwesen und Zahlungsdienste

- E 3.1.1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) – Auszug –
- E 3.1.2.1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) – Auszug –
- E 3.1.2.2 Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG) – Auszug –
- E 3.1.2.3 Telemediengesetz (TMG) – Auszug –
- E 3.1.2.4 Zivilprozessordnung (ZPO) – Auszug –
- E 3.1.2.5 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) – Auszug –
- E 3.1.2.6 Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz – MarkenG) – Auszug –
- E 3.1.2.7 Muster der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der privaten Banken zwischen Kunde und Bank (AGB Banken) – Auszug –

E 4 Beschäftigtendatenschutz

E 4.1 Europa

- E 4.1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) – Auszug –

E 4.2 Bund

- E 4.2.1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) – Auszug –

E 5 Kirchenrecht

E 5.1 Evangelische Kirche

- E 5.1.1 Kirchengesetz über den Datenschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD-Datenschutzgesetz – DSG-EKD)
- E 5.1.2 Verordnung über die in das Gemeindegliederverzeichnis aufzunehmenden Daten der Kirchenmitglieder mit ihren Familienangehörigen

E 5.2 Katholische Kirche

- E 5.2.1 Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz (KDG)
- E 5.2.4 Anordnung über das kirchliche Meldewesen (Kirchenmeldewesenanordnung – KMAO)

E 5.3 Altkatholische Kirche

- E 5.3.1 Bischöfliche Verordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) im Katholischen Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland (KDO)

E 6 Internet

E 6.1 Europa

- E 6.1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) – Auszug –
- E 6.1.2.1 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation – E-Privacy-VO)

Inhaltsverzeichnis

- E 6.1.2.2 Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation)
- E 6.1.2.3 Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, der Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation und der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz
- E 6.1.3 Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/1999 zur Änderung des Protokolls 37 und des Anhangs IX (Telekommunikationsdienste) zum EWR-Abkommen
- E 6.2 Bund**
- E 6.2.1 Telemediengesetz (TMG)

ORDNER 4

E 10 Wissenschaft, Forschung und Bildung

E 10.0 *Johannes: Wissenschaft, Forschung und Bildung – Einführung –*

E 10.1 Europa

E 10.1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) – Auszug –

E 10.2 Bund

E 10.2.1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) – Auszug –

E 10.2.2 Gesetz über die Nutzung und Sicherung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz – BArchG) – Auszug –

E 10.2.3 Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)

E 10.2.4 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – (SGB X) – Auszug –

E 10.2.5 Strafprozessordnung (StPO) – Auszug –

E 10.2.6 Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz – StVollzG) – Auszug –

F. Entscheidungssammlung

F Inhaltsverzeichnis

F 0.1 Entscheidungssynopse

F 0.2 *Lorenzmeier: Allgemeine europäische Rechtsfragen – Einführung –*

F 1 Charta der Grundrechte der EU (GRCh)

Art. 7 E 1 Informationsschutz von Angaben in EU-Kartellverfahren
(EuGH v. 14.3.2017, Az. C-162/15 P)

Art. 8 E 1 Safe Harbor
(EuGH v. 6.10.2015, Az. C-362/14)

E 2 Pflicht zur allgemeinen und unterschiedslosen Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten (Vorratsdatenspeicherung) gemeinschaftsrechtswidrig
(EuGH v. 21.12.2016, Az. C-203/15 und C-698/15)

E 3 Gutachten des EuGH zum Fluggastdaten-Abkommen mit Kanada
(EuGH v. 26.7.2017, Az. Gutachten 1/15)

F 2 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Art. 8 E 1 Staatlicher Zugriff auf das Geschäftskonto eines Rechtsanwalts
(EGMR v. 27.4.2017, Az. 73607/13)

F 3 EU-Verordnungen

F 3.2 Verordnung (EG) Nr. 45/2001

Art. 8 E 1 Beim Zugang zu Dokumenten der Gemeinschaftsorgane ist die EG-Datenschutzverordnung VO (EG) Nr. 45/2001 zu beachten
(EuGH v. 29.6.2010, Az. C-28/08 P)

Inhaltsverzeichnis

F 4 EU-Richtlinien

F 4.1 Richtlinie 95/46/EG (Datenschutzrichtlinie – DSRL)

- Art. 2 E 1 Sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich bei Internetsuchmaschinen (Google) (EuGH v. 13.5.2014, Az. C-131/12)
- E 2 Von Online-Mediendienst gespeicherte dynamische IP-Adressen sind personenbezogene Daten – § 15 Abs. 1 TMG zu eng (EuGH v. 19.10.2016, Az. C-582/14)
- Art. 3 E 1 Keine Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten bei Videoaufnahmen im öffentlichen Straßenraum (EuGH v. 11.12.2014, Az. C-212/13)
- Art. 4 E 1 Anwendbares Recht für Verbraucherverträge im europäischen Versandhandel (EuGH v. 28.7.2016, Az. C-191/15)
- Art. 6 E 1 Verpflichtung zur Führung von Arbeitszeitaufzeichnungen zur behördlichen Einsichtnahme (EuGH v. 30.5.2013, Az. C-342/12)
- E 2 Beschränkter Zugang zu Register nach Gesellschaftsauflösung (EuGH v. 9.3.2017, Az. C-398/15)
- Art. 7 E 1 Art. 7 lit. f begründet keine Übermittlungspflicht (EuGH v. 4.5.2017, Az. C-13/16)
- Art. 12 E 1 Kosten einer Auskunft dürfen die Kosten der Mitteilung dieser Daten nicht übersteigen (EuGH v. 12.12.2013, Az. C-486/12)
- Art. 13 E 1 Zulässigkeit einer Ausnahme von der Auskunftspflicht zugunsten einer Überwachungsstelle für Privatdetektive (EuGH v. 7.11.2013, Az. C-473/12)
- Art. 28 E 1 Anzuwendenden Recht und Befugnisse der zuständigen Kontrollstelle bei Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat (EuGH v. 1.10.2015, Az. C-230/14)

F 5 Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG

- E 1 Volkszählungsgesetz 1983 teilweise verfassungswidrig; Grundgesetz gewährleistet Recht auf informationelle Selbstbestimmung (BVerfG v. 15.12.1983, Az. 1 BvR 209/83 u. a.)
- E 2 Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme setzt der heimlichen Infiltration enge Grenzen (BVerfG v. 27.2.2008, Az. 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07)
- E 3 Landesrechtliche Vorschriften über automatisierte Erfassung von Kraftfahrzeugkennzeichen verfassungswidrig (BVerfG v. 11.3.2008, Az. 1 BvR 2074/05, 1 BvR 1254/07)
- E 4 Verwertbarkeit rechtswidrig erhobener personenbezogener Informationen im Strafprozess (BVerfG v. 7.12.2011, Az. 2 BvR 2500/09, 2 BvR 1857/10)
- E 5 Antiterrordatei in der Ausgestaltung teilweise verfassungswidrig (BVerfG v. 24.4.2013, Az. 1 BvR 1215/07)

F 7 BDSG 1990

- § 1 E 1 Deutsches Datenschutzrecht auf soziales Netzwerk mangels hiesiger Niederlassung unanwendbar (VG Schleswig v. 14.2.2013, Az. 8 B 60/12)
- E 2 Deutsches Datenschutzrecht auf Facebook-Regelungen anwendbar; verschiedene Regelungen sind wettbewerbs-, AGB- und datenschutzrechtlich unzulässig (KG Berlin v. 24.1.2014, Az. 5 U 42/12)

Inhaltsverzeichnis

- E 3 Anspruch auf Löschung intimer Fotos nach Beziehungsbeendigung
(OLG Koblenz v. 20.5.2014, Az. 3 U 1288/13)
- E 4 Scannen und Speichern von Personalausweisen durch nicht öffentliche Stellen unzulässig
(VG Hannover v. 28.11.2013, Az. 10 A 5342/11)
- E 5 Veröffentlichung einer Videoaufnahme eines Arbeitnehmers bedarf schriftlicher Einwilligung
(BAG v. 19.2.2015, Az. 8 AZR 1011/13)
- E 6 Übermittlung von Rückrufdaten durch KBA an Zulassungsbehörde zulässig
(OVG Schleswig-Holstein v. 20.9.2017, Az. 4 MB 56/17)
- § 3
 - E 1 Kein Lösungsanspruch in Bezug auf Unfalldaten im Hinweis- und Informationssystem
(HIS) der Versicherungsbranche
(AG Kassel v. 7.5.2013, Az. 435 C 584/13)
 - E 2 Unbefugtes Erheben von Daten durch Anbringung von GPS-Empfänger an Kraftfahrzeug
durch eine Detektei
(BGH v. 4.6.2013, Az. 1 StR 32/13)
 - E 3 Betreiber einer Fanpage bei Facebook nicht verantwortliche Stelle
(VG Schleswig v. 9.10.2013, Az. 8 A 218/11)
 - E 4 Verantwortliche Stelle durch Installation des Plugin (Like Button) eines sozialen Netzwerks
(LG Düsseldorf v. 9.3.2016, Az. 12 O 151/15)
 - E 5 Keine Erhebung besonderer Daten bei Informationsanforderung von schwulem Wohnungsver-
mittlungsportal
(VG Berlin v. 27.3.2017, Az. 6 L 250.17)
 - E 6 Dynamische IP-Adresse als personenbezogenes Datum; Datenerhebung durch Anbieter von
Online-Mediendiensten
(BGH v. 16.5.2017, Az. VI ZR 135/13)
- § 4
 - E 1 Einwilligung bei nicht erkennbarer Reichweite unwirksam
(LG Berlin v. 28.10.2014, Az. 16 O 60/13)
- § 4a
 - E 1 Unwirksamkeit von Klauseln der Google-Datenschutzzerklärung
(LG Berlin v. 19.11.2013, Az. 15 O 402/12)
 - E 2 Erhebung von Gesundheitsdaten durch Versicherer bei Schweigepflichtentbindung
(BGH v. 5.7.2017, Az. IV ZR 121/15)
 - E 3 Einwilligung in Werbe-E-Mails
(BGH v. 14.3.2017, Az. VI ZR 721/15)
- § 4d
 - E 1 Verwertungsverbot bei vom BKA mangels Vorabkontrolle unzulässig gespeicherten Daten
(VG Wiesbaden v. 4.4.2013, Az. 6 K 910/12.WI.A)
- § 4f
 - E 1 Bei Betriebsübergang erlischt das Amt des internen Datenschutzbeauftragten
(ArbG Cottbus v. 14.2.2013, Az. 3 Ca 1043/12)
 - E 2 Keine schlüssige DSB-Bestellung durch Beauftragung mit Datenschutzaufgaben
(LAG Sachsen v. 14.2.2014, Az. 3 Sa 485/13)
 - E 3 Keine Unabhängigkeit des externen Datenschutzbeauftragten gegenüber Arbeitgeber
(LAG Düsseldorf v. 4.3.2015, Az. 12 Sa 136/15)
 - E 4 Aktiver stellvertretender Datenschutzbeauftragter genießt Kündigungsschutz
(ArbG Hamburg v. 13.4.2016, Az. 27 Ca 486/15)
- § 6b
 - E 1 Zulässigkeit der Videoüberwachung des Eingangsbereichs einer Wohnungseigentumsanlage
(BGH v. 24.5.2013, Az. V ZR 220/12)
 - E 2 Untersagung einer On-Board-Kamera ist Ermessensentscheidung
(VG Ansbach v. 12.8.2014, Az. AN 4 K 13.01634)
 - E 3 Dashcam-Aufnahmen nicht verwertbar
(AG München v. 13.8.2014, Az. 345 C 5551/14)
 - E 4 Verwertbarkeit von Dashcam-Aufzeichnungen in Strafverfahren
(AG Nienburg v. 20.1.2015, Az. 4 Ds 155/14, 4 Ds 520 Js 39473/14 (155/14))
 - E 5 Dashcam-Aufnahmen im Zivilprozess nicht als Beweismittel verwertbar
(LG Heilbronn v. 3.2.2015, Az. I 3 S 19/14)

Inhaltsverzeichnis

- E 6 Videoaufnahmen durch Dashcam mit Auslösung durch Bewegungsmelder
(LG Memmingen v. 14.1.2016, Az. 22 O 1983/13)
- E 7 Videoüberwachung in einer Zahnarztpraxis beschränkt zulässig
(VG Potsdam v. 20.11.2015, Az. 9 K 725/13)
- E 8 Verwertbarkeit der Aufzeichnungen einer Dashcam im OWi-Verfahren nach Abwägung im Einzelfall
(OLG Stuttgart v. 4.5.2016, Az. 4 Ss 543/15)
- E 9 Anspruch auf Entfernung einer Kamera auf dem Nachbargrundstück; mangels besonderer Beeinträchtigung keine Entschädigung
(OLG Köln v. 22.9.2016, Az. I-15 U 33/16, 15 U 33/16)
- E 10 Verwertbarkeit von Videoaufzeichnung im Strafverfahren
(OLG Hamburg v. 27.6.2017, Az. 1 Rev 12/17)
- E 11 Videoüberwachung in Bus- und Stadtbahnen zulässig
(OVG Lüneburg v. 7.9.2017, Az. 11 LC 59/16)
- E 12 Verwertung von Dashcam-Aufzeichnungen bei Verkehrsunfällen im Zivilprozess zulässig
(OLG Nürnberg v. 10.8.2017, Az. 13 U 851/17)
- § 7 E 1 Schadensersatzanspruch nach § 7 neben begrenzter landesgesetzlicher Regelung möglich
(OLG Zweibrücken v. 21.2.2013, Az. 6 U 21/12)
- E 2 Vererblichkeit des Anspruchs auf immaterielle Entschädigung wegen Verwendung eines sozialmedizinischen Gutachtens in anderen sozialgerichtlichen Verfahren
(BGH v. 29.11.2016, Az. VI ZR 530/15)
- E 3 Vererblichkeit des Anspruchs auf Geldentschädigung bei Persönlichkeitsrechtsverletzung
(BGH v. 23.5.2017, Az. VI ZR 261/16)
- § 11 E 1 Ein Mitbestimmungsrecht besteht nicht, wenn der Arbeitgeber in einer Betriebsvereinbarung den Schutzstandard des § 11 BDSG voll wahrt
(LAG Hamm v. 2.2.2016, Az. 7 TaBV 83/15)
- E 2 Herausgabe einer Beamtenpersonalakte an privates Unternehmen zum Zweck der Digitalisierung im Auftrag bedarf einer Rechtsgrundlage
(OVG Lüneburg v. 27.7.2016, Az. 2 MB 11/16)
- § 14 E 1 Zweckbindung von Datensicherungskopien erlaubt Nutzung nur bei Ereignis im Rahmen des Sicherungszwecks
(VG Karlsruhe v. 27.5.2013, Az. 2 K 3249/12)
- E 2 Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung nur im Rahmen zulässiger Zweckänderung; Verarbeitungszweck bei Datensicherungskopie
(VGH Baden-Württemberg v. 30.7.2014, Az. 1 S 1352/13)
- § 15 E 1 Erweiterte Prüfpflicht bei Übermittlung von Kindschaftsakten
(OLG Düsseldorf v. 6.10.2015, Az. I-3 VA 2/09, 3 VA 2/09)
- § 19 E 1 Umfang und Form der Auskunft aus dem polizeilichen Informationssystem des Bundeskriminalamtes (INPOL)
(VG Wiesbaden v. 28.12.2016, Az. 6 K 332/16)
- § 20 E 1 Verarbeitung rechtswidrig, weil Erhebung rechtswidrig; Übermittlungszweck bindend
(VGH Hessen v. 16.9.2014, Az. 10 A 500/13)
- § 23 E 1 Auskunftspflicht des Datenschutzbeauftragten zu Inhalten behördlichen Schriftwechsels
(VG Bremen v. 28.7.2014, Az. 4 K 362/13)
- § 28 E 1 Speicherung einer Restschuldbefreiung auch nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist zulässig
(KG Berlin v. 7.2.2013, Az. 10 U 118/12)
- E 2 Unberechtigte Nutzung von Mandantendaten zu Werbezwecken
(LG Bremen v. 12.9.2013, Az. 9 O 868/13)
- E 3 Telefonische Opt-In-Abfrage ist unzulässige Nutzung
(VG Berlin v. 7.5.2014, Az. 1 K 253.12)

- E 4 WEG-Beschluss zum Einbau von Heizkostenverteilern erfordert Regelung zum Datenumgang
(LG Dortmund v. 28.10.2014, Az. 9 S 1/14)
- E 5 Übermittlung von Namen und Adressen der an einer Publikumspersonengesellschaft beteiligten Treugeber an andere Treugeber ist zulässig
(OLG München v. 5.2.2015, Az. 23 U 1875/14)
- E 6 Anspruch auf Mitgliederliste eines Vereins
(OLG München v. 24.3.2016, Az. 23 U 3886/15)
- E 7 Gesellschaftsrechtlicher Anspruch der Treugeber auf Auskunft über Namen und Anschriften weiterer Treugeber
(BGH v. 22.2.2016, Az. II ZR 48/15)
- § 28a E 1 Inkasso ist keine Auftragsdatenverarbeitung
(OLG Düsseldorf v. 13.2.2015, Az. I-16 U 41/14, 16 U 41/14)
- E 2 Übermittlung personenbezogener Daten an die Schufa auch bei Bestreiten zulässig
(OLG Frankfurt v. 2.2.2016, Az. 1 W 9/16)
- E 3 Bei Schufa-Einmeldung wegen eines Schultitels ist eine zusätzliche Würdigung der Interessen des Betroffenen nicht geboten
(OLG Köln v. 20.7.2015, Az. 19 U 24/15)
- E 4 Kein Lösungsanspruch nach Datenübermittlung an die Schufa durch vom Gläubiger beauftragtes Inkassounternehmen
(KG Berlin v. 17.2.2016, Az. 26 U 197/12)
- E 5 »Schriftliche« Mahnung nach § 28a Abs. 1 S. 1 Nr. 4 lit. a erfordert nicht Schriftform
(OLG Braunschweig v. 12.2.2016, Az. 2 U 59/15)
- § 28b E 1 Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb durch Scoring einer Ratingagentur
(OLG Frankfurt v. 7.4.2015, Az. 24 U 82/14)
- § 29 E 1 Zulässige Verarbeitung durch Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft
(LG Hannover v. 26.6.2014, Az. 8 S 62/13)
- E 2 Zulässigkeit bei Arztsuche- und Arztbewertungsportal
(BGH v. 23.9.2014, Az. VI ZR 358/13)
- E 3 Geschäftsmäßige Speicherung der Restschuldbefreiung des Insolvenzschuldners auch nach Sechsmonatsfrist zulässig
(OLG Frankfurt v. 14.12.2015, Az. 1 U 128/15)
- E 4 Speicherung des Fahrverhaltens in einem Fahrerbewertungsportal grundsätzlich unzulässig
(VG Köln v. 16.2.2017, Az. 13 K 6093/15)
- § 32 E 1 Verwertung von Erkenntnissen aus einer heimlichen Spindkontrolle nicht erforderlich im Sinne von § 32 Abs. 1
(BAG v. 20.6.2013, Az. 2 AZR 546/12)
- E 2 Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch heimliche Videoaufzeichnungen wegen vermuteten Vortäuschens einer Arbeitsunfähigkeit
(LAG Hamm v. 11.7.2013, Az. 11 Sa 312/13)
- E 3 Kein Anspruch auf Entfernung einer Abmahnung aus der Personalakte bei aufgelöstem Arbeitsverhältnis
(LAG Chemnitz v. 14.1.2014, Az. 1 Sa 266/13)
- E 4 Anhörung vor Verdachtskündigung zulässig
(BAG v. 12.2.2015, Az. 6 AZR 845/13)
- E 5 Keine Auskunftspflicht eines Klinikträgers gegenüber einem geschädigten Patienten über die Privatanschrift eines angestellten Arztes
(BGH v. 20.1.2015, Az. VI ZR 137/14)
- E 6 Kein Verbot der Verwertung der Daten eines Wertchips über unberechtigte Aufbuchungen
(LAG Chemnitz v. 29.1.2015, Az. 1 Sa 407/14)
- E 7 Darlegungslast bei Videoüberwachung in Apotheke
(VG Saarlouis v. 29.1.2016, Az. 1 K 1122/14)

Inhaltsverzeichnis

- E 8 Kein Beweisverwertungsverbot für Browserverlauf bei exzessiver Privatnutzung des dienstlichen Internets
(LAG Berlin-Brandenburg v. 14.1.2016, Az. 5 Sa 657/15)
- E 9 Verwertung eines Zufallsfundes aus verdeckter Videoüberwachung kann nach § 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG zulässig sein
(BAG v. 22.9.2016, Az. 2 AZR 848/15)
- E 10 Außerordentliche Kündigung nach verdeckter Überwachung
(BAG v. 20.10.2016, Az. 2 AZR 395/15)
- E 11 Pflicht zur Teilnahme an einem elektronischen Warn- und Berichtssystem
(BAG v. 17.11.2016, Az. 2 AZR 730/15)
- E 12 § 32 Abs. 1 Satz 1 ist Rechtsgrundlage für Überwachung wegen Verdachts einer schwerwiegenden Pflichtverletzung
(BAG v. 29.6.2017, Az. 2 AZR 597/16)
- E 13 Anlasslose Überwachung durch Keylogger unzulässig
(BAG v. 27.7.2017, Az. 2 AZR 681/16)
- § 34 E 1 Anforderungen an Bestimmtheit von Auskunftsansprüchen
(LAG Frankfurt v. 29.1.2013, Az. 13 Sa 263/12)
- E 2 Begrenzter Auskunftsanspruch bezüglich Scorewert
(BGH v. 28.1.2014, Az. VI ZR 156/13)
- E 3 Kein Auskunftsanspruch bezüglich bereits mitgeteilter Informationen – Übermittlung an Gutachter zulässig
(LG Oldenburg v. 23.6.2014, Az. 5 O 2226/12)
- E 4 Hinzuziehung eines Rechtsanwalts bei Einsichtnahme in Personalakte
(BAG v. 12.7.2016, Az. 9 AZR 791/14)
- § 35 E 1 Speicherung des Insolvenzverfahrens auch nach dessen Aufhebung
(OLG Frankfurt v. 19.3.2015, Az. 7 U 187/13)
- E 2 Kein Unterlassungsanspruch einer Geschäftsperson gegen Suchmaschinenbetreiber wegen wahrer Tatsachenbehauptungen aus der Sozialsphäre
(OLG Köln v. 31.5.2016, Az. I-15 U 197/15, 15 U 197/15)
- E 3 Kein Anspruch auf Entfernung eines Suchmaschinen-Links auf Medienberichterstattung über geschäftliche Tätigkeit
(OLG Celle v. 29.12.2016, Az. 13 U 85/16)
- E 4 Anspruch auf Entfernung von Suchmaschinen-Links bezüglich Straftaten
(OLG Celle v. 1.6.2017, Az. 13 U 178/16)
- § 38 E 1 Enge Voraussetzungen für Anordnung zur Abschaltung einer Videokamera
(OVG Lüneburg v. 29.9.2014, Az. 11 LC 114/13)
- E 2 Verfassungsmäßigkeit des Auskunftsrechts der Aufsichtsbehörde
(OVG Bautzen v. 17.7.2013, Az. 3 B 470/12)
- E 3 Datenschutzrechtliche Anordnung zur Deaktivierung einer Facebook-Seite
(OVG Schleswig-Holstein v. 4.9.2014, Az. 4 LB 20/13)
- § 41 E 1 Kommunale Wählervereinigung eV mit Internetauftritt ist kein Presseunternehmen
(VGH München v. 25.3.2015, Az. 5 B 14.2164)
- § 43 E 1 Einwilligung im ordnungswidrigkeitsrechtlichen Sinne ohne Schriftform gültig
(OLG Karlsruhe v. 28.6.2017, Az. 1 Rb 8 Ss 540/16)

G. Akteure im Datenschutz

G Inhaltsverzeichnis

G 1 Gesetzliche Regelungen

- G 1.1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) – Auszug –
- G 1.2 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) – Auszug –

G 2 Stellungnahmen, Leitlinien, Entschliefungen

G 2.1 Europäischer Datenschutzausschuss (ehemals Art. 29-Gruppe)

- G 2.1.1 Stellungnahme 02/2013 zu Apps auf intelligenten Endgeräten (WP 202)
- G 2.1.2 Opinion 03/2013 on purpose limitation (WP 203)
- G 2.1.3 Erläuterndes Dokument zu verbindlichen unternehmensinternen Datenschutzregelungen für Auftragsverarbeiter (WP 204)
- G 2.1.4 Stellungnahme 05/2013 zu intelligenten Grenzen (WP 206)
- G 2.1.5 Opinion 06/2013 on open data and public sector information (»PSI«) re-use (WP 207)
- G 2.1.6 Arbeitsunterlage 02/2013 mit Leitlinien für die Einholung der Einwilligung zur Verwendung von Cookies (WP 208)
- G 2.1.7 Stellungnahme 01/2014 zur Anwendung der Begriffe der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit sowie des Datenschutzes im Bereich der Strafverfolgung (WP 211)
- G 2.1.8 Stellungnahme 03/2014 über die Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten (WP 213)
- G 2.1.9 Stellungnahme 04/2014 zur Überwachung der elektronischen Kommunikation zu nachrichtendienstlichen und nationalen Sicherheitszwecken (WP 215)

Inhaltsverzeichnis

ORDNER 5

- G 2.1.10 Stellungnahme 05/2014 zu Anonymisierungstechniken (WP 216)
- G 2.1.11 Stellungnahme 06/2014 zum Begriff des berechtigten Interesses des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 7 der Richtlinie 95/46/EG (WP 217)
- G 2.1.12 Statement on the role of a risk-based approach in data protection legal frameworks (WP 218)
- G 2.1.13 Erklärung der nach Artikel 29 eingesetzten Datenschutzgruppe über die Auswirkungen der Entwicklung von Big-Data-Technologien auf den Schutz natürlicher Personen im Hinblick auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten in der EU (WP 221)
- G 2.1.14 Stellungnahme 8/2014 zu den jüngsten Entwicklungen im Internet der Dinge (WP 223)
- G 2.1.15 Stellungnahme 9/2014 zur Anwendung der Richtlinie 2002/58/EG auf die Nutzung des virtuellen Fingerabdrucks (WP 224)
- G 2.1.16 Leitlinien für die Umsetzung des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union in der Rechtssache C-131/12 »Google Spanien und Inc/Agencia Española de Protección de Datos (Aepd) und Mario Costeja González« (WP 225)
- G 2.1.17 Gemeinsame Erklärung der in der Artikel-29-Datenschutzgruppe vertretenen Europäischen Datenschutzbehörden (WP 227)
- G 2.1.18 Arbeitsdokument »Überwachung der elektronischen Kommunikation zu nachrichtendienstlichen und nationalen Sicherheitszwecken« (WP 228)
- G 2.1.19 Statement of the Article 29 Working Group on the ruling of the Court of Justice of the European Union (CJEU) of 6 October 2015 in the Maximilian Schrems v Data Protection Commissioner case (C-362-14)
- G 2.1.20 Guidelines for Member States on the criteria to ensure compliance with data protection requirements in the context of the automatic exchange of personal data for tax purposes (WP 234)
- G 2.1.21 Working Document 01/2016 on the justification of interferences with the fundamental rights to privacy and data protection through surveillance measures when transferring personal data (European Essential Guarantees) (WP 237)
- G 2.1.22 Opinion 01/2016 on the EU – U.S. Privacy Shield draft adequacy decision (WP 238)
- G 2.1.23 Guidelines on Data Protection Impact Assessment (DPIA) and determining whether processing is »likely to result in a high risk« for the purposes of Regulation 2016/679 (WP 248rev.01)
- G 2.1.24 Guidelines on Personal data breach notification under Regulation 2016/679 (WP 250)
- G 2.1.25 Guidelines on Automated individual decision-making and Profiling for the purposes of Regulation 2016/679 (WP 251)
- G 2.1.26 Opinion 03/2017 on Processing personal data in the context of Cooperative Intelligent Transport Systems (C-ITS) (WP 252)
- G 2.1.27 Guidelines on the application and setting of administrative fines for the purposes of the Regulation 2016/679 (WP 253)
- G 2.1.28 Opinion on some key issues of the Law Enforcement Directive (EU 2016/680) (WP 258)
- G 2.2 Europäische Datenschutzkonferenz**
 - G 2.2.1 Über die Zukunft des Datenschutzes in Europa
 - G 2.2.2 Gewährleistung des Datenschutzes in einer transatlantischen Freihandelszone
 - G 2.2.3 Zur Sicherstellung eines angemessenen Datenschutzniveaus bei Europol
 - G 2.2.4 Zur Überarbeitung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Übereinkommen 108)
 - G 2.2.5 Erfüllung datenschutzrechtlicher Erwartungen in der digitalen Zukunft
 - G 2.2.6 On Transborder Flows of Personal Data
- G 2.3 Internationale Datenschutzkonferenz**
 - G 2.3.1 Erklärung von Warschau zur »Appifikation« der Gesellschaft
 - G 2.3.2 Zur Internationalen Koordinierung der Aufsichtstätigkeit
 - G 2.3.3 Web Tracking und Datenschutz
 - G 2.3.4 Verankerung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre im internationalen Recht

- G 2.3.5 Digitale Bildung für alle
- G 2.3.6 Offenheit bei der Verarbeitung personenbezogener Daten
- G 2.3.7 Profilbildung
- G 2.3.8 Internationale Zusammenarbeit bei der Durchsetzung
- G 2.3.9 Datenschutz im digitalen Zeitalter
- G 2.3.10 Big Data
- G 2.3.11 Zur Entwicklung neuer Messgrößen für die Datenschutzregulierung
- G 2.3.12 Zu Menschenrechtsverteidigern
- G 2.3.13 Entschließung über die Annahme eines internationalen Kompetenzrahmens für die Datenschutzzertifizierung

- G 2.4 Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (Datenschutzkonferenz – DSK)**
- G 2.4.1 Beschäftigtendatenschutz nicht abbauen, sondern stärken!
- G 2.4.2 Europa muss den Datenschutz stärken
- G 2.4.3 Orientierungshilfe »Soziale Netzwerke«
- G 2.4.4 Datenschutz auch in einer transatlantischen Freihandelszone gewährleisten
- G 2.4.5 Pseudonymisierung von Krebsregisterdaten verbessern
- G 2.4.6 Keine umfassende und anlasslose Überwachung durch Nachrichtendienste!
- G 2.4.7 Forderungen für die neue Legislaturperiode: Die Datenschutzgrundrechte stärken!
- G 2.4.8 Handlungsbedarf zum Datenschutz im Bereich der Öffentlichen Sicherheit in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages
- G 2.4.9 Stärkung des Datenschutzes im Sozial- und Gesundheitswesen
- G 2.4.10 Sichere elektronische Kommunikation gewährleisten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung einsetzen und weiterentwickeln
- G 2.4.11 Biometrische Gesichtserkennung durch Internetdienste – Nur mit Wahrung des Selbstbestimmungsrechts Betroffener!
- G 2.4.12 Öffentlichkeitsfahndung mithilfe sozialer Netzwerke – Strenge Regeln erforderlich!
- G 2.4.13 Zur Struktur der künftigen Datenschutzaufsicht in Europa
- G 2.4.14 Beschäftigtendatenschutzgesetz jetzt!
- G 2.4.15 Marktmacht und informationelle Selbstbestimmung
- G 2.4.16 Zum Recht auf Sperrung von Suchergebnissen bei Anbietern von Suchmaschinen
- G 2.4.17 Datenschutz im Kraftfahrzeug – Automobilindustrie ist gefordert
- G 2.4.18 Keine Pkw-Maut auf Kosten des Datenschutzes!
- G 2.4.19 Anforderungen an den Schutz der Datenübermittlungen zwischen medizinischen Leistungserbringern und klinischen Krebsregistern
- G 2.4.20 Keine Cookies ohne Einwilligung der Internetnutzer
- G 2.4.21 Big Data zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung: Risiken und Nebenwirkungen beachten
- G 2.4.22 Datenschutzgrundverordnung darf keine Mogelpackung werden!
- G 2.4.23 Nachbesserungen beim eHealth-Gesetz und klare Regelungen zum Einsatz externer Dienstleister bei Berufsgeheimnisträgern erforderlich
- G 2.4.24 IT-Sicherheitsgesetz nicht ohne Datenschutz!
- G 2.4.25 Safe Harbor bietet keinen ausreichenden Schutz für den Datentransfer in die USA
- G 2.4.26 Datenschutz nach »Charlie Hebdo«: Rechtsstaat und Grundrechte beweisen sich gerade in Zeiten terroristischer Bedrohung!
- G 2.4.27 Verschlüsselung ohne Einschränkungen ermöglichen
- G 2.4.28 Mindestlohngesetz und Datenschutz
- G 2.4.29 Datenschutzrechtliche Kernpunkte für die Trilogverhandlungen der Datenschutz-Richtlinie im Bereich von Justiz und Inneres
- G 2.4.30 Cloud-unterstützte Betriebssysteme bergen Datenschutzrisiken
- G 2.4.31 Verfassungsschutzreform bedroht die Grundrechte
- G 2.4.32 Stärkung des Datenschutzes in Europa – nationale Spielräume nutzen
- G 2.4.33 Wearables und Gesundheits-Apps – Sensible Gesundheitsdaten effektiv schützen!
- G 2.4.34 Datenschutz bei Servicekonten

Inhaltsverzeichnis

- G 2.4.35 Gemeinsame Prüfung der Falldatei Rauschgift deckt gravierende Mängel auf Konsequenzen für polizeiliche Datenverarbeitung notwendig
- G 2.4.36 »Videoüberwachungsverbesserungsgesetz« zurückziehen!
- G 2.4.37 Neues Bundeskriminalamtgesetz – Informationspool beschneidet Grundrechte
- G 2.4.38 Göttinger Erklärung Vom Wert des Datenschutzes in der digitalen Gesellschaft
- G 2.4.39 Einsatz von Videokameras zur biometrischen Gesichtserkennung birgt erhebliche Risiken
- G 2.4.40 Gesetzesentwurf zur Aufzeichnung von Fahrdaten ist völlig unzureichend!
- G 2.4.41 Kurzpapier Nr. 1: Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten – Art. 30 DS-GVO
- G 2.4.42 Kurzpapier Nr. 2: Aufsichtsbefugnisse/Sanktionen
- G 2.4.43 Kurzpapier Nr. 3: Verarbeitung personenbezogener Daten für Werbung
- G 2.4.44 Kurzpapier Nr. 4: Datenübermittlung in Drittländer
- G 2.4.45 Kurzpapier Nr. 5: Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art. 35 DS-GVO
- G 2.4.46 Kurzpapier Nr. 6: Auskunftsrecht der betroffenen Person, Art. 15 DS-GVO
- G 2.4.47 Kurzpapier Nr. 7: Marktortprinzip: Regelungen für außereuropäische Unternehmen
- G 2.4.48 Kurzpapier Nr. 8: Maßnahmenplan »DS-GVO« für Unternehmen
- G 2.4.49 Kurzpapier Nr. 9: Zertifizierung nach Art. 42 DS-GVO
- G 2.4.50 Kurzpapier Nr. 10: Informationspflichten bei Dritt- und Direkterhebung
- G 2.4.51 Kurzpapier Nr. 11: Recht auf Löschung/»Recht auf Vergessenwerden«
- G 2.4.52 Kurzpapier Nr. 12: Datenschutzbeauftragte bei Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern
- G 2.4.53 Kurzpapier Nr. 13: Auftragsverarbeitung, Art. 28 DS-GVO
- G 2.4.54 Kurzpapier Nr. 14: Beschäftigtendatenschutz
- G 2.4.55 Kurzpapier Nr. 15: Videoüberwachung nach der Datenschutz-Grundverordnung
- G 2.4.56 Grundsatzpositionen und Forderungen für die neue Legislaturperiode

- G 2.5 Düsseldorfer Kreis**
- G 2.5.1 Videoüberwachung in und an Taxis
- G 2.5.2 Datenübermittlung in Drittstaaten erfordert Prüfung in zwei Stufen
- G 2.5.3 Orientierungshilfe zur Einholung von Selbstauskünften bei Mietinteressenten
- G 2.5.4 Modelle zur Vergabe von Prüfzertifikaten, die im Wege der Selbstregulierung entwickelt und durchgeführt werden

- G 2.5.5 Unzulässigkeit von Videoüberwachung aus Fahrzeugen (sog. Dashcams)
- G 2.5.6 Gewährleistung der Menschenrechte bei der elektronischen Kommunikation
- G 2.5.7 Orientierungshilfe Videoüberwachung durch nicht-öffentliche Stellen
- G 2.5.8 Smartes Fernsehen nur mit smartem Datenschutz
- G 2.5.9 Orientierungshilfe zu den Datenschutzanforderungen an App-Entwickler und App-Anbieter
- G 2.5.10 Videoüberwachung in Schwimmbädern
- G 2.5.11 Nutzung von Kameradrohnen durch Private
- G 2.5.12 Orientierungshilfe zur datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung in Formularen
- G 2.5.13 Fortgeltung bisher erteilter Einwilligungen unter der Datenschutz-Grundverordnung

H. Informationsfreiheitsrecht

H Inhaltsverzeichnis

H 1 Europa

- H 1.1 Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) – Auszug –
- H 1.2 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) – Auszug –
- H 1.3 Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention)
- H 1.4 Council of Europe Convention on Access to Official Documents

H 1.5 EU-Verordnungen

- H 1.5.1 Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (VO (EG) 1049/2001)
- H 1.5.2.1 Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr
- H 1.5.2.2 Durchführungsbestimmungen in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr

H 1.6 EU-Richtlinien

- H 1.6.1 Richtlinie 2003/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-RL)
- H 1.6.2 Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE-RL)

H 2 Bund

- H 2.1.1 Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)
- H 2.1.2 Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (Informationsgebührenverordnung – IFGGebV)
- H 2.1.3 BMI-Bekanntmachung: Anwendungshinweise zum Informationsfreiheitsgesetz (BMIBek V 5a – 130 250/16)
- H 2.2 Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen (Informationsweiterverwendungsgesetz – IWG)
- H 2.3 Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG)
- H 2.4.1 Gesetz über die Nutzung und Sicherung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz – BArchG)
- H 2.4.2 Verordnung über Kosten beim Bundesarchiv (Bundesarchiv-Kostenverordnung – BArchKostV)

H 3 Bundesländer

H 3.1 Baden-Württemberg

- H 3.1.1 Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen in Baden-Württemberg (Landesinformationsfreiheitsgesetz – LIFG)

H 3.3 Berlin

- H 3.3.1 Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz – IFG)
- H 3.3.2 Gesetz über die Informationsverarbeitung bei der allgemeinen Verwaltungstätigkeit (Informationsverarbeitungsgesetz – IVG)

Inhaltsverzeichnis

H 3.4 Brandenburg

H 3.4.1 Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (BbgAIG)

H 3.5 Bremen

H 3.5.1 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Bremen (Bremer Informationsfreiheitsgesetz – BremIFG)

H 3.6 Hamburg

H 3.6.1 Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

H 3.8 Mecklenburg-Vorpommern

H 3.8.1 Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Informationsfreiheitsgesetz – IFG M-V)

H 3.10 Nordrhein-Westfalen

H 3.10.1 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen – IFG NRW)

H 3.11 Rheinland-Pfalz

H 3.11.1 Landestransparenzgesetz (RPLTranspG)

H 3.12 Saarland

H 3.12.1 Saarländisches Informationsfreiheitsgesetz (SIFG)

H 3.14 Sachsen-Anhalt

H 3.14.1 Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt (IZG LSA)

H 3.15 Schleswig-Holstein

H 3.15.1 Informationszugangsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH)

H 3.16 Thüringen

H 3.16.1 Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürlIFG)

H 5 Sektorenregelungen

H 5.1 Verbraucherschutzrecht

H 5.1.2 Bund

H 5.1.2.1 Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – VIG)

H 5.1.2.2 Verordnung über die Gebühren nach dem Verbraucherinformationsgesetz (Verbraucherinformationsgebührenverordnung – VIGGebV)

H 5.1.3 Bundesländer

H 5.1.3.1.1 Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz (AGVIG)

H 5.1.3.3.1 Gesetz zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Lebensmittelverkehr im Land Berlin (LMVVerbrInfoG)

H 5.1.3.4.1 Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, dem Verbraucherinformationsgesetz und weiteren Vorschriften (LFGBZV)

H 5.1.3.7.1 Gesetz zur Neuordnung der Aufgaben des Landrats sowie des Oberbürgermeisters als Behörden der Landesverwaltung (Kommunalisierungsgesetz)

H 5.1.3.8.1 Kostenverordnung für Amtshandlungen beim Vollzug des Verbraucherinformationsgesetzes (Verbraucherinformationsgesetz-Kostenverordnung – VIGKostVO M-V)

H 5.1.3.8.2 Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Verbraucherinformationsgesetz (Verbraucherinformationsgesetz-Zuständigkeitslandesverordnung – VIGZustLVO M-V)

H 5.1.3.9.1 Allgemeine Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (AllgZustVO-Kom)

Inhaltsverzeichnis

- H 5.1.3.10.1 Gesetz über den Vollzug des Lebensmittel-, Futtermittel- und Bedarfsgegenständerechts (LFBRVG NRW)
- H 5.1.3.11.1 Landesgesetz zur Ausführung des Verbraucherinformationsgesetzes (AGVIG RP)
- H 5.1.3.13.1 Gesetz zur Ausführung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches, des Vorläufigen Tabakgesetzes und des Verbraucherinformationsgesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAGLFGB-VIG)
- H 5.1.3.14.1 Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Verbraucherinformationsgesetz (VIG AG LSA)
- H 5.1.3.15.1 Landesverordnung über zuständige Behörden auf dem Gebiet des Lebensmittel-, Wein- und Futtermittelrechts (Lebensmittel-, Wein- und Futtermittelzuständigkeitsverordnung – LWFZVO)
- H 5.1.3.16.1 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung einschließlich der Überwachung von Tabakerzeugnissen (Thüringer Lebensmittelzuständigkeitenverordnung – ThürLÜZVO)
Entscheidungssynopse

H 6 Entscheidungssammlung

- H 6.0.1 Entscheidungssynopse

H 6.3 EU-Verordnungen

H 6.3.1 Verordnung (EG) Nr. 1049/2001

- Art. 2 E 1 Informationszugang zu in einer Datenbank enthaltenen Informationen
(EuGH v. 11.1.2017, Az. C-491/15 P)

H 6.5 Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

- § 1 E 1 Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegen von der öffentlichen Hand beherrschte juristische Personen des Privatrechts
(BGH v. 16.3.2017, Az. I ZR 13/16)
E 2 Einsicht in Personalakten
(BVerwG v. 29.6.2017, Az. 7 C 24/15)
- § 3 E 1 Informationszugang zu Materialien des Gesetzgebers
(BVerwG v. 30.3.2017, Az. 7 C 19/15)
- § 4 E 1 Anspruch auf Akteneinsicht in Dokumente der Rechtsanwaltskammer
(BGH v. 20.3.2017, Az. AnwZ (Brfg) 46/15)

H 7 Akteure im Informationsfreiheitsrecht

H 7.1 Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten (IFK)

- H 7.1.1 »Nicht bei Open Data stehenbleiben: Jetzt auch Transparenzgesetze in Bund und Ländern schaffen!«
- H 7.1.2 Grundsatzpositionen der Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit

Inhaltsverzeichnis

D. Internationales

D Inhaltsverzeichnis

D 1 Internationale und supranationale Regelungen

D 1.1 Vereinte Nationen

- D 1.1.1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) – Auszug –
- D 1.1.2 Richtlinien betreffend personenbezogene Daten in automatisierten Dateien
- D 1.1.3 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) – Auszug –
- D 1.1.4 The right to privacy in the digital age

D 1.2 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

- D 1.2.1.1 Empfehlung des Rates über Leitlinien für den Schutz des Persönlichkeitsbereichs und den grenzüberschreitenden Verkehr personenbezogener Daten (Leitlinien OECD)
- D 1.2.1.2 Recommendation of the Council concerning Guidelines governing the Protection of Privacy and Transborder Flows of Personal Data (2013)
- D 1.2.2 Recommendation of the Council on Cross-Border Co-operation in the Enforcement of Laws Protecting Privacy
- D 1.2.3 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Privacy Online: Policy and Practical Guidance

D 1.3 Schengener Vertragsstaaten

- D 1.3.1 Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜ) – Auszug –

D 2 Regelungen der UN-Länder

D 2.3 Albanien

- D 2.3.1 Law No. 9887 on Protection of Personal Data

D 2.9 Argentinien

- D 2.9.1 Constitution of the Argentine Nation – excerpt –
- D 2.9.2 Personal Data Protection Act – Act 25.326 –

D 2.10 Armenien

- D 2.10.1 Constitution of the Republic of Armenia (RA) – excerpt –
- D 2.10.2 Law of the Republic of Armenia on Personal Data

D 2.13 Australien

- D 2.13.1 Privacy Act 1988

D 2.18 Belgien

- D 2.18.1 Gesetz über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten vom 8. Dezember 1992

D 2.23 Bosnien und Herzegowina

- D 2.23.1 Law on the Protection of Personal Data

D 2.25 Brasilien

- D 2.25.1 Constitution of Brazil – excerpt –

D

Inhaltsverzeichnis

- D 2.27 Bulgarien**
D 2.27.1 Constitution of the Republic of Bulgaria – excerpt –
D 2.27.2 Law for Protection of Personal Data
- D 2.28 Burkina Faso**
D 2.28.1 Loi N° 010–2004/AN portant protection des données à caractère personnel
- D 2.31 China**
D 2.31.0 *Kipker*: Chinesisches Cyber-Sicherheitsgesetz – Einführung –
D 2.31.1 Cybersecurity Law
- D 2.33 Dänemark**
D 2.33.1 The Act on Processing of Personal Data
- D 2.43 Estland**
D 2.43.1 Personal Data Protection Act
- D 2.45 Finnland**
D 2.45.1 The Constitution of Finland – excerpt –
D 2.45.2 Personal Data Act (523/99)
D 2.45.3 Act on the Protection of Privacy in Working Life
- D 2.46 Frankreich**
D 2.46.1 Act no 78–17 of 6 January 1978 on Data Processing, Data Files and Individual Liberties
D 2.46.2 Decree No 2005–1309 of 20 October 2005 enacted for the application of Act No 78–17 of 6 January 1978 on Data Processing, Files and Individual Liberties
- D 2.49 Georgien**
D 2.49.1 Law of Georgia No 2869 on Personal Data Protection
- D 2.52 Griechenland**
D 2.52.1 Constitution of Greece – excerpt –
D 2.52.2 Law 2472/1997 on the Protection of Individuals with regard to the Processing of Personal Data
- D 2.53 Großbritannien**
D 2.53.1 Data Protection Act 1998
- D 2.64 Irland**
D 2.64.1 Data Protection Act, 1988
D 2.64.2 Data Protection Act 1988 (Section 16(1)) Regulations 2007 Pm. A7/1761
D 2.64.3 British-Irish Agreement Act, 1999 – excerpt –
- D 2.65 Island**
D 2.65.1 Act on Protection and Processing of Personal Data, No. 77/2000
- D 2.66 Israel**
D 2.66.1 The Basic Law on Human Dignity and Freedom – excerpt – (5752-1992)
D 2.66.2 Protection of Privacy Law, 5741 – 1981
D 2.66.3 Privacy Protection (Transfer of Data to Databases Abroad) Regulations, 5761–2001
- D 2.67 Italien**
D 2.67.1 Personal Data Protection Code
- D 2.69 Japan**
D 2.69.1 Act on the Protection of Personal Information Act No. 57 of 2003
D 2.69.2 Act on the Use of Numbers to Identify a Specific Individual in the Administrative Procedure – excerpt –

D 2.74	Kanada
D 2.74.1	Privacy Act (Office Consolidation)
D 2.74.2	Personal Information Protection and Electronic Documents Act (PIPEDA)
D 2.81	Kolumbien
D 2.81.1	Colombian Constitution of 1991 – excerpt –
D 2.84	Kroatien
D 2.84.1	Constitution of the Republic of Croatia – excerpt –
D 2.84.2	Personal Data Protection Act
D 2.84.3	Regulation on the Manner of Keeping the Records of Personal Data Filing Systems and the Pertinent Records Form
D 2.89	Lettland
D 2.89.1	Personal Data Protection Law
D 2.93	Liechtenstein
D 2.93.1	Datenschutzgesetz (DSG)
D 2.93.2	Verordnung zum Datenschutzgesetz (Datenschutzverordnung – DSV)
D 2.94	Litauen
D 2.94.1	Law on Legal Protection of Personal Data
D 2.95	Luxemburg
D 2.95.1	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung
D 2.95.2	Großherzogliche Verordnung in Bezug auf den Datenschutzbeauftragten und in Ausführung von Artikel 10, Absatz (10) des Gesetzes vom 2. August 2002 zum Schutz personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung
D 2.98	Malaysia
D 2.98.1	Act 709 Personal Data Protection Act 2010
D 2.101	Malta
D 2.101.1	Data Protection Act
D 2.102	Marokko
D 2.102.1	Loi n° 09-08 relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel
D 2.105	Mauritius
D 2.105.1	Data Protection Act
D 2.106	Mazedonien
D 2.106.1	Law on Personal Data Protection
D 2.107	Mexiko
D 2.107.1	Federal Law on Protection of Personal Data held by Private Parties
D 2.112	Montenegro
D 2.112.1	Personal Data Protection Law
D 2.118	Neuseeland
D 2.118.1	Privacy Act 1993
D 2.120	Niederlande
D 2.120.1	Verfassung des Königreiches der Niederlande – Auszug –
D 2.120.2	The Personal Data Protection Act

D

Inhaltsverzeichnis

D 2.124 Norwegen

- D 2.124.1 Gesetz Nr. 31 über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Gesetz über personenbezogene Daten)
- D 2.124.2 Regulations on the processing of personal data (Personal Data Regulations)
- D 2.124.3 Notification of processing of personal data

D 2.126 Österreich

- D 2.126.1 Bundesgesetz über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000)
- D 2.126.2 Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) – Auszug –
- D 2.126.3 Verordnung des Bundeskanzlers über den angemessenen Datenschutz in Drittstaaten (Datenschutzangemessenheits-Verordnung – DSAV)
- D 2.126.4 Verordnung des Bundeskanzlers über Standard- und Musteranwendungen nach dem Datenschutzgesetz 2000 (Standard- und Muster-Verordnung 2004 – StMV 2004)
- D 2.126.5 Verordnung des Bundeskanzlers über das bei der Datenschutzbehörde eingerichtete Datenverarbeitungsregister (Datenverarbeitungsregister-Verordnung 2012 – DVRV 2012)

D 2.133 Peru

- D 2.133.1 Law No. 29733 for Personal Data Protection

D 2.134 Philippinen

- D 2.134.1 An Act Protecting Individual Personal Information in Information and Communications Systems in the Government and the Private Sector, Creating for this Purpose a National Privacy Commission, and for other Purposes

D 2.135 Polen

- D 2.135.1 The Constitution of the Republic of Poland – excerpt –
- D 2.135.2 Act on the Protection of Personal Data
- D 2.135.3 The Statutes of the Bureau of the Inspector General for Personal Data Protection
- D 2.135.4 Dokumentation zur Verarbeitung personenbezogener Daten und die technischen und organisatorischen Bedingungen, welche informatische Geräte und Systeme zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfüllen sollen
- D 2.135.5 Regulation by the Minister of Internal Affairs and Administration

D 2.136 Portugal

- D 2.136.1 Constitution of the Portuguese Republic – excerpt –
- D 2.136.2 Act on the Protection of Personal Data (transposing into the Portuguese legal system Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data)

D 2.138 Rumänien

- D 2.138.1 Law no. 677/2001 for the Protection of Persons concerning the Processing of Personal Data and Free Circulation of Such Data
- D 2.138.2 Law no. 102/2005 Regarding the Setting up, Organisation and Functioning of the National Supervisory Authority for Personal Data Processing

D 2.139 Russland

- D 2.139.1 Constitution of Russia – excerpt –
- D 2.139.2 Federal Law Personal Data

D 2.146 Schweden

- D 2.146.1 Regierungs-Instrument (Verfassungs-Urkunde) – Auszug –
- D 2.146.2 Personal Data Act (1998:204)
- D 2.146.3 Personal Data Ordinance (1998:1191)

Inhaltsverzeichnis

D

- D 2.146.4 Regulations of the Data Inspection Board on the matter of the obligation to notify the processing of personal data to the Data Inspection Board
- D 2.146.5 Data Inspection Board Regulation providing an exemption from the prohibition preventing entities other than official authorities from processing personal data relating to offences etc.
- D 2.147 Schweiz**
 - D 2.147.1 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft – Auszug –
 - D 2.147.2 Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)
 - D 2.147.3 Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VDSG)
- D 2.149 Serbien**
 - D 2.149.1 Law on Personal Data Protection
- D 2.153 Singapur**
 - D 2.153.1 Personal Data Protection Act 2012 (No. 26 of 2012)
- D 2.154 Slowakische Republik**
 - D 2.154.1 The Constitution of the Slovak republic of 1 September 1992 – excerpt –
 - D 2.154.2 Act No. 122/2013 Coll. on Protection of Personal Data and on Changing and Amending of other acts, resulting from amendments and additions executed by the Act. No. 84/2014 Coll.
- D 2.155 Slowenien**
 - D 2.155.1 Slovenian Constitution (1991) – excerpt –
 - D 2.155.2 Personal Data Protection Act (ZVOP-1)
 - D 2.155.3 Information Commissioner Act
- D 2.157 Spanien**
 - D 2.157.1 Die Spanische Verfassung 1978 – Auszug –
 - D 2.157.2 Organic Law 15/1999 on the Protection of Personal Data
 - D 2.157.3 Royal Decree 1720/2007, which approves the Regulation implementing Organic Law 15/1999, of 13 December, on the Protection of Personal Data
- D 2.162 Südafrika**
 - D 2.162.1 Personal Information Act, 2013 Act No. 4 of 2013
- D 2.164 Südkorea (Republik Korea)**
 - D 2.164.1 Personal Information Protection Act
- D 2.171 Thailand**
 - D 2.171.1 Official Information Act, B.E. 2540(1997)
- D 2.174 Trinidad und Tobago**
 - D 2.174.1 Data Protection Act Chapter 22:04
- D 2.176 Tschechien (Tschechische Republik)**
 - D 2.176.1 Act on the Protection of Personal Data (Personal Data Protection Act – PDPA) Act 101
- D 2.177 Tunesien**
 - D 2.177.1 Loi portant sur la Protection des Données à Caractère Personnel Loi organique n° 2004-63 du 27 juillet 2004, portant sur la protection des données à caractère personnel
 - D 2.177.2 Décret n° 2007-3003 du 27 novembre 2007, fixant les modalités de fonctionnement de l'instance nationale de protection des données à caractère personnel
 - D 2.177.3 Décret n° 2007-3004 du 27 novembre 2007, fixant les conditions et les procédures de déclaration et d'autorisation pour le traitement des données à caractère personnel
- D 2.182 Ukraine**
 - D 2.182.1 Constitution of Ukraine – excerpt –
 - D 2.182.2 Law of Ukraine on Protection of Personal Data
 - D 2.182.3 Law on Information

D

Inhaltsverzeichnis

D 2.183

Ungarn

- D 2.183.1 Act CXII of 2011 on the Right of Informational Self-Determination and on Freedom of Information
- D 2.183.2 Act XX of 1949 The Constitution of the Republic of Hungary – excerpt –

D 2.184

Uruguay

- D 2.184.1 Act No. 18.331 (Act on the Protection of Personal Data – PPDA)
- D 2.184.2 Decree 414/009
- D 2.184.3 Decree 664/008 Establish the Personal Database Record

D 2.188

Vereinigte Arabische Emirate (VAE)

- D 2.188.1 Data Protection Law 2007

D 2.189

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

- D 2.189.1 The Privacy Act of 1974

D 2.190

Vietnam

- D 2.190.1 Law on Network Information Security – excerpt –

D 2.193

Zypern

- D 2.193.1 The Processing of Personal Data (Protection of Individuals) Law 138 (I) 2001

D 3

Regelungen weiterer Länder

D 3.3

Kosovo

- D 3.3.1 Law No.03/L – 172 on the Protection of Personal Data

D 3.7

Taiwan

- D 3.7.1 Personal Information Protection Act
- D 3.7.2 Enforcement Rules of the Personal Information Protection Act

Inhaltsverzeichnis

F. Entscheidungssammlung

- F Inhaltsverzeichnis
- F 0.1 Entscheidungssynopse
- F 0.2 *Lorenzmeier*: Allgemeine europäische Rechtsfragen – Einführung –

F 1 Charta der Grundrechte der EU (GRCh)

- Art. 7 E 1 Informationsschutz von Angaben in EU-Kartellverfahren
(EuGH v. 14.3.2017, Az. C-162/15 P)
- Art. 8 E 1 Safe Harbor
(EuGH v. 6.10.2015, Az. C-362/14)
- E 2 Pflicht zur allgemeinen und unterschiedslosen Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten
(Vorratsdatenspeicherung) gemeinschaftsrechtswidrig
(EuGH v. 21.12.2016, Az. C-203/15 und C-698/15)
- E 3 Gutachten des EuGH zum Fluggastdaten-Abkommen mit Kanada
(EuGH v. 26.7.2017, Az. Gutachten 1/15)

F 2 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

- Art. 8 E 1 Staatlicher Zugriff auf das Geschäftskonto eines Rechtsanwalts
(EGMR v. 27.4.2017, Az. 73607/13)

F 3 EU-Verordnungen

F 3.2 Verordnung (EG) Nr. 45/2001

- Art. 8 E 1 Beim Zugang zu Dokumenten der Gemeinschaftsorgane ist die EG-Datenschutzverordnung
VO (EG) Nr. 45/2001 zu beachten
(EuGH v. 29.6.2010, Az. C-28/08 P)

F 4 EU-Richtlinien

F 4.1 Richtlinie 95/46/EG (Datenschutzrichtlinie – DSRL)

- Art. 2 E 1 Sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich bei Internetsuchmaschinen (Google)
(EuGH v. 13.5.2014, Az. C-131/12)
- E 2 Von Online-Mediendienst gespeicherte dynamische IP-Adressen sind personenbezogene Daten – § 15 Abs. 1 TMG zu eng
(EuGH v. 19.10.2016, Az. C-582/14)
- Art. 3 E 1 Keine Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten bei Videoaufnahmen
im öffentlichen Straßenraum
(EuGH v. 11.12.2014, Az. C-212/13)
- Art. 4 E 1 Anwendbares Recht für Verbraucherverträge im europäischen Versandhandel
(EuGH v. 28.7.2016, Az. C-191/15)
- Art. 6 E 1 Verpflichtung zur Führung von Arbeitszeitaufzeichnungen zur behördlichen Einsichtnahme
(EuGH v. 30.5.2013, Az. C-342/12)
- E 2 Beschränkter Zugang zu Register nach Gesellschaftsauflösung
(EuGH v. 9.3.2017, Az. C-398/15)

F

Inhaltsverzeichnis

- Art. 7 E 1 Art. 7 lit. f begründet keine Übermittlungspflicht
(EuGH v. 4.5.2017, Az. C-13/16)
- Art. 12 E 1 Kosten einer Auskunft dürfen die Kosten der Mitteilung dieser Daten nicht übersteigen
(EuGH v. 12.12.2013, Az. C-486/12)
- Art. 13 E 1 Zulässigkeit einer Ausnahme von der Auskunftspflicht zugunsten einer Überwachungsstelle
für Privatdetektive
(EuGH v. 7.11.2013, Az. C-473/12)
- Art. 28 E 1 Anzuwendendes Recht und Befugnisse der zuständigen Kontrollstelle bei Niederlassung in einem
anderen Mitgliedstaat
(EuGH v. 1.10.2015, Az. C-230/14)

F 5

Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG

- E 1 Volkszählungsgesetz 1983 teilweise verfassungswidrig; Grundgesetz gewährleistet Recht auf
informationelle Selbstbestimmung
(BVerfG v. 15.12.1983, Az. 1 BvR 209/83 u. a.)
- E 2 Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer
Systeme setzt der heimlichen Infiltration enge Grenzen
(BVerfG v. 27.2.2008, Az. 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07)
- E 3 Landesrechtliche Vorschriften über automatisierte Erfassung von Kraftfahrzeugkennzeichen
verfassungswidrig
(BVerfG v. 11.3.2008, Az. 1 BvR 2074/05, 1 BvR 1254/07)
- E 4 Verwertbarkeit rechtswidrig erhobener personenbezogener Informationen im Strafprozess
(BVerfG v. 7.12.2011, Az. 2 BvR 2500/09, 2 BvR 1857/10)
- E 5 Antiterrordatei in der Ausgestaltung teilweise verfassungswidrig
(BVerfG v. 24.4.2013, Az. 1 BvR 1215/07)

F 7

BDSG 1990

- § 1 E 1 Deutsches Datenschutzrecht auf soziales Netzwerk mangels hiesiger Niederlassung unanwend-
bar
(VG Schleswig v. 14.2.2013, Az. 8 B 60/12)
- E 2 Deutsches Datenschutzrecht auf Facebook-Regelungen anwendbar; verschiedene Regelungen
sind wettbewerbs-, AGB- und datenschutzrechtlich unzulässig
(KG Berlin v. 24.1.2014, Az. 5 U 42/12)
- E 3 Anspruch auf Löschung intimer Fotos nach Beziehungsbeendigung
(OLG Koblenz v. 20.5.2014, Az. 3 U 1288/13)
- E 4 Scannen und Speichern von Personalausweisen durch nicht öffentliche Stellen unzulässig
(VG Hannover v. 28.11.2013, Az. 10 A 5342/11)
- E 5 Veröffentlichung einer Videoaufnahme eines Arbeitnehmers bedarf schriftlicher Einwilligung
(BAG v. 19.2.2015, Az. 8 AZR 1011/13)
- E 6 Übermittlung von Rückrufdaten durch KBA an Zulassungsbehörde zulässig
(OVG Schleswig-Holstein v. 20.9.2017, Az. 4 MB 56/17)
- § 3 E 1 Kein Lösungsanspruch in Bezug auf Unfalldaten im Hinweis- und Informationssystem
(HIS) der Versicherungsbranche
(AG Kassel v. 7.5.2013, Az. 435 C 584/13)
- E 2 Unbefugtes Erheben von Daten durch Anbringung von GPS-Empfänger an Kraftfahrzeug
durch eine Detektei
(BGH v. 4.6.2013, Az. 1 StR 32/13)

- E 3 Betreiber einer Fanpage bei Facebook nicht verantwortliche Stelle
(VG Schleswig v. 9.10.2013, Az. 8 A 218/11)
- E 4 Verantwortliche Stelle durch Installation des Plugin (Like Button) eines sozialen Netzwerks
(LG Düsseldorf v. 9.3.2016, Az. 12 O 151/15)
- E 5 Keine Erhebung besonderer Daten bei Informationsanforderung von schwulem Wohnungsvermittlungportal
(VG Berlin v. 27.3.2017, Az. 6 L 250.17)
- E 6 Dynamische IP-Adresse als personenbezogenes Datum; Datenerhebung durch Anbieter von Online-Mediendiensten
(BGH v. 16.5.2017, Az. VI ZR 135/13)
- § 4 E 1 Einwilligung bei nicht erkennbarer Reichweite unwirksam
(LG Berlin v. 28.10.2014, Az. 16 O 60/13)
- § 4a E 1 Unwirksamkeit von Klauseln der Google-Datenschutzerklärung
(LG Berlin v. 19.11.2013, Az. 15 O 402/12)
- E 2 Erhebung von Gesundheitsdaten durch Versicherer bei Schweigepflichtentbindung
(BGH v. 5.7.2017, Az. IV ZR 121/15)
- E 3 Einwilligung in Werbe-E-Mails
(BGH v. 14.3.2017, Az. VI ZR 721/15)
- § 4d E 1 Verwertungsverbot bei vom BKA mangels Vorabkontrolle unzulässig gespeicherten Daten
(VG Wiesbaden v. 4.4.2013, Az. 6 K 910/12.WI.A)
- § 4f E 1 Bei Betriebsübergang erlischt das Amt des internen Datenschutzbeauftragten
(ArbG Cottbus v. 14.2.2013, Az. 3 Ca 1043/12)
- E 2 Keine schlüssige DSB-Bestellung durch Beauftragung mit Datenschutzaufgaben
(LAG Sachsen v. 14.2.2014, Az. 3 Sa 485/13)
- E 3 Keine Unabhängigkeit des externen Datenschutzbeauftragten gegenüber Arbeitgeber
(LAG Düsseldorf v. 4.3.2015, Az. 12 Sa 136/15)
- E 4 Aktiver stellvertretender Datenschutzbeauftragter genießt Kündigungsschutz
(ArbG Hamburg v. 13.4.2016, Az. 27 Ca 486/15)
- § 6b E 1 Zulässigkeit der Videoüberwachung des Eingangsbereichs einer Wohnungseigentumsanlage
(BGH v. 24.5.2013, Az. V ZR 220/12)
- E 2 Untersagung einer On-Board-Kamera ist Ermessensentscheidung
(VG Ansbach v. 12.8.2014, Az. AN 4 K 13.01634)
- E 3 Dashcam-Aufnahmen nicht verwertbar
(AG München v. 13.8.2014, Az. 345 C 5551/14)
- E 4 Verwertbarkeit von Dashcam-Aufzeichnungen in Strafverfahren
(AG Nienburg v. 20.1.2015, Az. 4 Ds 155/14, 4 Ds 520 Js 39473/14 (155/14))
- E 5 Dashcam-Aufnahmen im Zivilprozess nicht als Beweismittel verwertbar
(LG Heilbronn v. 3.2.2015, Az. I 3 S 19/14)
- E 6 Videoaufnahmen durch Dashcam mit Auslösung durch Bewegungsmelder
(LG Memmingen v. 14.1.2016, Az. 22 O 1983/13)
- E 7 Videoüberwachung in einer Zahnarztpraxis beschränkt zulässig
(VG Potsdam v. 20.11.2015, Az. 9 K 725/13)
- E 8 Verwertbarkeit der Aufzeichnungen einer Dashcam im OWi-Verfahren nach Abwägung im Einzelfall
(OLG Stuttgart v. 4.5.2016, Az. 4 Ss 543/15)
- E 9 Anspruch auf Entfernung einer Kamera auf dem Nachbargrundstück; mangels besonderer Beeinträchtigung keine Entschädigung
(OLG Köln v. 22.9.2016, Az. I-15 U 33/16, 15 U 33/16)
- E 10 Verwertbarkeit von Videoaufnahme im Strafverfahren
(OLG Hamburg v. 27.6.2017, Az. 1 Rev 12/17)

F

Inhaltsverzeichnis

- E 11 Videoüberwachung in Bus- und Stadtbahnen zulässig
(OVG Lüneburg v. 7.9.2017, Az. 11 LC 59/16)
- E 12 Verwertung von Dashcam-Aufzeichnungen bei Verkehrsunfällen im Zivilprozess zulässig
(OLG Nürnberg v. 10.8.2017, Az. 13 U 851/17)
- § 7
 - E 1 Schadensersatzanspruch nach § 7 neben begrenzter landesgesetzlicher Regelung möglich
(OLG Zweibrücken v. 21.2.2013, Az. 6 U 21/12)
 - E 2 Vererblichkeit des Anspruchs auf immaterielle Entschädigung wegen Verwendung eines sozialmedizinischen Gutachtens in anderen sozialgerichtlichen Verfahren
(BGH v. 29.11.2016, Az. VI ZR 530/15)
 - E 3 Vererblichkeit des Anspruchs auf Geldentschädigung bei Persönlichkeitsrechtsverletzung
(BGH v. 23.5.2017, Az. VI ZR 261/16)
- § 11
 - E 1 Ein Mitbestimmungsrecht besteht nicht, wenn der Arbeitgeber in einer Betriebsvereinbarung den Schutzstandard des § 11 BDSG voll wahrt
(LAG Hamm v. 2.2.2016, Az. 7 TaBV 83/15)
 - E 2 Herausgabe einer Beamtenpersonalakte an privates Unternehmer zum Zweck der Digitalisierung im Auftrag bedarf einer Rechtsgrundlage
(OVG Lüneburg v. 27.7.2016, Az. 2 MB 11/16)
- § 14
 - E 1 Zweckbindung von Datensicherungskopien erlaubt Nutzung nur bei Ereignis im Rahmen des Sicherungszwecks
(VG Karlsruhe v. 27.5.2013, Az. 2 K 3249/12)
 - E 2 Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung nur im Rahmen zulässiger Zweckänderung; Verarbeitungszweck bei Datensicherungskopie
(VGH Baden-Württemberg v. 30.7.2014, Az. 1 S 1352/13)
- § 15
 - E 1 Erweiterte Prüfpflicht bei Übermittlung von Kindschaftsakten
(OLG Düsseldorf v. 6.10.2015, Az. I-3 VA 2/09, 3 VA 2/09)
- § 19
 - E 1 Umfang und Form der Auskunft aus dem polizeilichen Informationssystem des Bundeskriminalamtes (INPOL)
(VG Wiesbaden v. 28.12.2016, Az. 6 K 332/16)
- § 20
 - E 1 Verarbeitung rechtswidrig, weil Erhebung rechtswidrig; Übermittlungszweck bindend
(VGH Hessen v. 16.9.2014, Az. 10 A 500/13)
- § 23
 - E 1 Auskunftspflicht des Datenschutzbeauftragten zu Inhalten behördlichen Schriftwechsels
(VG Bremen v. 28.7.2014, Az. 4 K 362/13)
- § 28
 - E 1 Speicherung einer Restschuldbefreiung auch nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist zulässig
(KG Berlin v. 7.2.2013, Az. 10 U 118/12)
 - E 2 Unberechtigte Nutzung von Mandantendaten zu Werbezwecken
(LG Bremen v. 12.9.2013, Az. 9 O 868/13)
 - E 3 Telefonische Opt-In-Abfrage ist unzulässige Nutzung
(VG Berlin v. 7.5.2014, Az. 1 K 253.12)
 - E 4 WEG-Beschluss zum Einbau von Heizkostenverteilern erfordert Regelung zum Datenumgang
(LG Dortmund v. 28.10.2014, Az. 9 S 1/14)
 - E 5 Übermittlung von Namen und Adressen der an einer Publikumspersonengesellschaft beteiligten Treugeber an andere Treugeber ist zulässig
(OLG München v. 5.2.2015, Az. 23 U 1875/14)
 - E 6 Anspruch auf Mitgliederliste eines Vereins
(OLG München v. 24.3.2016, Az. 23 U 3886/15)
 - E 7 Gesellschaftsrechtlicher Anspruch der Treugeber auf Auskunft über Namen und Anschriften weiterer Treugeber
(BGH v. 22.2.2016, Az. II ZR 48/15)

- § 28a E 1 Inkasso ist keine Auftragsdatenverarbeitung
(OLG Düsseldorf v. 13.2.2015, Az. I-16 U 41/14, 16 U 41/14)
- E 2 Übermittlung personenbezogener Daten an die Schufa auch bei Bestreiten zulässig
(OLG Frankfurt v. 2.2.2016, Az. 1 W 9/16)
- E 3 Bei Schufa-Einmeldung wegen eines Schultitels ist eine zusätzliche Würdigung der Interessen des Betroffenen nicht geboten
(OLG Köln v. 20.7.2015, Az. 19 U 24/15)
- E 4 Kein Lösungsanspruch nach Datenübermittlung an die Schufa durch vom Gläubiger beauftragtes Inkassounternehmen
(KG Berlin v. 17.2.2016, Az. 26 U 197/12)
- E 5 »Schriftliche« Mahnung nach § 28a Abs. 1 S. 1 Nr. 4 lit. a erfordert nicht Schriftform
(OLG Braunschweig v. 12.2.2016, Az. 2 U 59/15)
- § 28b E 1 Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb durch Scoring einer Ratingagentur
(OLG Frankfurt v. 7.4.2015, Az. 24 U 82/14)
- § 29 E 1 Zulässige Verarbeitung durch Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft
(LG Hannover v. 26.6.2014, Az. 8 S 62/13)
- E 2 Zulässigkeit bei Arztsuche- und Arztbewertungsportal
(BGH v. 23.9.2014, Az. VI ZR 358/13)
- E 3 Geschäftsmäßige Speicherung der Restschuldbefreiung des Insolvenzschuldners auch nach Sechsmonatsfrist zulässig
(OLG Frankfurt v. 14.12.2015, Az. 1 U 128/15)
- E 4 Speicherung des Fahrverhaltens in einem Fahrerbewertungsportal grundsätzlich unzulässig
(VG Köln v. 16.2.2017, Az. 13 K 6093/15)
- § 32 E 1 Verwertung von Erkenntnissen aus einer heimlichen Spindkontrolle nicht erforderlich im Sinne von § 32 Abs. 1
(BAG v. 20.6.2013, Az. 2 AZR 546/12)
- E 2 Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch heimliche Videoaufzeichnungen wegen vermuteten Vortäuschens einer Arbeitsunfähigkeit
(LAG Hamm v. 11.7.2013, Az. 11 Sa 312/13)
- E 3 Kein Anspruch auf Entfernung einer Abmahnung aus der Personalakte bei aufgelöstem Arbeitsverhältnis
(LAG Chemnitz v. 14.1.2014, Az. 1 Sa 266/13)
- E 4 Anhörung vor Verdachtskündigung zulässig
(BAG v. 12.2.2015, Az. 6 AZR 845/13)
- E 5 Keine Auskunftspflicht eines Klinikträgers gegenüber einem geschädigten Patienten über die Privatanschrift eines angestellten Arztes
(BGH v. 20.1.2015, Az. VI ZR 137/14)
- E 6 Kein Verbot der Verwertung der Daten eines Wertchips über unberechtigte Aufbuchungen
(LAG Chemnitz v. 29.1.2015, Az. 1 Sa 407/14)
- E 7 Darlegungslast bei Videoüberwachung in Apotheke
(VG Saarlouis v. 29.1.2016, Az. 1 K 1122/14)
- E 8 Kein Beweisverwertungsverbot für Browserverlauf bei exzessiver Privatnutzung des dienstlichen Internets
(LAG Berlin-Brandenburg v. 14.1.2016, Az. 5 Sa 657/15)
- E 9 Verwertung eines Zufallsfundes aus verdeckter Videoüberwachung kann nach § 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG zulässig sein
(BAG v. 22.9.2016, Az. 2 AZR 848/15)
- E 10 Außerordentliche Kündigung nach verdeckter Überwachung
(BAG v. 20.10.2016, Az. 2 AZR 395/15)
- E 11 Pflicht zur Teilnahme an einem elektronischen Warn- und Berichtssystem
(BAG v. 17.11.2016, Az. 2 AZR 730/15)

F

Inhaltsverzeichnis

- E 12 § 32 Abs. 1 Satz 1 ist Rechtsgrundlage für Überwachung wegen Verdachts einer schwerwiegenden Pflichtverletzung
(BAG v. 29.6.2017, Az. 2 AZR 597/16)
- E 13 Anlasslose Überwachung durch Keylogger unzulässig
(BAG v. 27.7.2017, Az. 2 AZR 681/16)
- § 34 E 1 Anforderungen an Bestimmtheit von Auskunftsansprüchen
(LAG Frankfurt v. 29.1.2013, Az. 13 Sa 263/12)
- E 2 Begrenzter Auskunftsanspruch bezüglich Scorewert
(BGH v. 28.1.2014, Az. VI ZR 156/13)
- E 3 Kein Auskunftsanspruch bezüglich bereits mitgeteilter Informationen – Übermittlung an Gutachter zulässig
(LG Oldenburg v. 23.6.2014, Az. 5 O 2226/12)
- E 4 Hinzuziehung eines Rechtsanwalts bei Einsichtnahme in Personalakte
(BAG v. 12.7.2016, Az. 9 AZR 791/14)
- § 35 E 1 Speicherung des Insolvenzverfahrens auch nach dessen Aufhebung
(OLG Frankfurt v. 19.3.2015, Az. 7 U 187/13)
- E 2 Kein Unterlassungsanspruch einer Geschäftsperson gegen Suchmaschinenbetreiber wegen wahrer Tatsachenbehauptungen aus der Sozialsphäre
(OLG Köln v. 31.5.2016, Az. I-15 U 197/15, 15 U 197/15)
- E 3 Kein Anspruch auf Entfernung eines Suchmaschinen-Links auf Medienberichterstattung über geschäftliche Tätigkeit
(OLG Celle v. 29.12.2016, Az. 13 U 85/16)
- E 4 Anspruch auf Entfernung von Suchmaschinen-Links bezüglich Straftaten
(OLG Celle v. 1.6.2017, Az. 13 U 178/16)
- § 38 E 1 Enge Voraussetzungen für Anordnung zur Abschaltung einer Videokamera
(OVG Lüneburg v. 29.9.2014, Az. 11 LC 114/13)
- E 2 Verfassungsmäßigkeit des Auskunftsrechts der Aufsichtsbehörde
(OVG Bautzen v. 17.7.2013, Az. 3 B 470/12)
- E 3 Datenschutzrechtliche Anordnung zur Deaktivierung einer Facebook-Seite
(OVG Schleswig-Holstein v. 4.9.2014, Az. 4 LB 20/13)
- § 41 E 1 Kommunale Wählervereinigung eV mit Internetauftritt ist kein Presseunternehmen
(VGH München v. 25.3.2015, Az. 5 B 14.2164)
- § 43 E 1 Einwilligung im ordnungswidrigkeitsrechtlichen Sinne ohne Schriftform gültig
(OLG Karlsruhe v. 28.6.2017, Az. 1 Rb 8 Ss 540/16)

Verzeichnis der Einführungstexte

Seit der 66. Ergänzungslieferung bereichern sogenannte Einführungstexte die Dokumentation. Die Hauptaufgabe dieser Art von Erläuterung besteht darin, eine strukturelle Anwendungshilfe für bestimmte Themenfelder oder Vorschriften zu geben, ohne sich in Details zu verlieren oder etwa Einzelkommentierungen bestimmter Regelungen vorzunehmen. Vielmehr geht es darum, besonderen Wert auf die systematische Verortung und Grundkonzeption der Regelung zu legen. Außerdem sollen die Folgen für die Praxis, hilfreiche Bezüge zu anderen Rechtsgebieten und künftige Problemfelder bei der Normanwendung thematisiert werden.

Folgende Einführungstexte sind bislang in der Dokumentation erschienen:

0.1 *Dix*: Datenschutz und Informationsfreiheit

A. Europa

A 0.1 *Roßnagel*: Grundlagen des europäischen Datenschutzrechts

A 0.2 *Albrecht*: Entstehungsgeschichte: Von der Richtlinie zur Verordnung

D. Internationales

D 2.31.0 *Kipker*: Chinesisches Cyber-Sicherheitsgesetz

E. Sektorenregelungen

E 10.0 *Johannes*: Wissenschaft, Forschung und Bildung

F. Entscheidungssammlung

F 0.1 *Lorenzmeier*: Allgemeine europäische Rechtsfragen

Stichwortverzeichnis

Das nachfolgende Verzeichnis enthält Stichworte aus Kapitel F bzw. H 6 (Entscheidungssammlung), Kapitel G bzw. H 7 (Akteure im Datenschutz bzw. Informationsfreiheitsrecht) sowie kapitelübergreifend aus den Einführungstexten. Entscheidungsnamen sind in Anführungszeichen abgedruckt.

Abkommen

- internationale **vor A 0.1** Rn. 29 ff.

Abmahnung

- Entfernung **F BDSG 1990 § 32 E 3**

Achtung des Familienlebens **F EMRK**

Art. 8 E 1

Achtung des Privatlebens **F EMRK**

Art. 8 E 1

AGB-Kontrolle **F BDSG 1990 § 4a E 1**

AGB-Recht **F BDSG 1990 § 1 E 2**

Akte

- elektronische **F BDSG 1990 § 19 E 1**

Akteneinsicht **H IFG § 4 E 1**

Aktenvollständigkeit

- Grundsatz **F BDSG 1990 § 19 E 1**

Aktenwahrheit

- Grundsatz **F BDSG 1990 § 19 E 1**

Allgemein zugängliche Quelle **F BDSG**

1990 § 29 E 3

Allgemeine europäische Rechtsfragen

- Einführungstext **F 0.1** Rn. 1 ff.

Allgemeines Persönlichkeitsrecht **F GG**

Art. 2 I iVm Art. 1 I E 1, E 2

Anbieten

- von Online-Mediendienst **F BDSG 1990 § 3 E 6**

Angemessenes Datenschutzniveaus bei Europo

- Sicherstellung **G 2.2.3**

Angemessenheitsbeschluss **F GRCh**

Art. 8 E 1

Angemessenheitsentscheidung

- U.S. Privacy Shield **G 2.1.22**

Anhörung **F BDSG 1990 § 32 E 4**

Anlasslose Überwachung **F BDSG 1990**

§ 32 E 13

Anonymisierung **E 10.0** Rn. 11, 22, 34;

F GG Art. 2 I iVm Art. 1 I E 3;

F BDSG 1990 § 32 E 6; § 41 E 1

Anonymisierungstechniken **G 2.1.10**

Anordnung

- datenschutzrechtliche **F BDSG 1990 § 38 E 3**

Anspruch auf Hinzuziehen eines Rechtsanwalts **F BDSG 1990 § 34 E 4**

Antiterrordatei **F GG Art. 2 I iVm Art. 1 I E 5**

Anwendungsbereich DSRL **F RL 95/46**

Art. 2 E 1

Anwendungsvorrang

- DSGVO **A 0.1** Rn. 3 ff.

Apotheke

- Videoüberwachung **F BDSG 1990 § 32 E 7**

App-Anbieter

- Datenschutzanforderungen **G 2.5.9**

App-Entwickler

- Datenschutzanforderungen **G 2.5.9**

Appifikation der Gesellschaft

- Erklärung von Warschau **G 2.3.1**

Apps **G 2.1.1**

Arbeitgeber

- Mitbestimmungsrecht Betriebsrat **F BDSG 1990 § 11 E 1**

Arbeitnehmer **F BDSG 1990 § 32 E 9**

- Überwachung **F BDSG 1990 § 32 E 12**

- Videoaufnahme **F BDSG 1990 § 1 E 5**

- Videoüberwachung **F BDSG 1990 § 32 E 10**

Arbeitnehmereinwilligung **F BDSG 1990 § 1 E 5**

Arbeitsplatz **F BDSG 1990 § 32 E 2**

- Videoüberwachung **F BDSG 1990 § 32 E 10**

- Arbeitsunfähigkeit
- vortäuschen **F BDSG 1990 § 32 E 2**
- Arbeitsverhältnis
- aufgelöstes **F BDSG 1990 § 32 E 3**
- Arbeitszeit **F RL 95/46 Art. 6 E 1**
- Arbeitszeitaufzeichnung **F RL 95/46 Art. 6 E 1**
- Arglistanfechtung **F BDSG 1990 § 4a E 2**
- Arzt
- Privatanschrift **F BDSG 1990 § 32 E 5**
- Arztbewertungsportal **F BDSG 1990 § 29 E 2**
- Arztsucheportal **F BDSG 1990 § 29 E 2**
- Aufgelöstes Arbeitsverhältnis **F BDSG 1990 § 32 E 3**
- Aufsichtsbehörde
- Videoüberwachung **F BDSG 1990 § 6b E 11**
- Aufsichtstätigkeit
- internationale Koordinierung **G 2.3.2**
- Auftragsdatenverarbeitung **F BDSG 1990 § 1 E 2; § 11 E 1; § 28a E 1**
- Auftragsverarbeitung **G 2.1.3**
- DSK Kurzpapier **G 2.4.53**
- Aufwand
- unverhältnismäßiger **F BDSG 1990 § 3 E 1**
- Aufzeichnung von Fahrdaten **G 2.4.40**
- Auskunft **F BDSG 1990 § 28 E 6; § 34 E 1**
- Aufsichtsbehörde **F BDSG 1990 § 38 E 2**
 - Klinikträger **F BDSG 1990 § 32 E 5**
 - Treugeber **F BDSG 1990 § 28 E 5, E 7**
- Auskunftei **F BDSG 1990 § 28a E 1**
- Auskunftsanspruch **F BDSG 1990 § 3 E 5; § 34 E 3**
- Bestimmtheit **F BDSG 1990 § 34 E 1**
 - gesellschaftsrechtlicher **F BDSG 1990 § 28 E 7**
 - Klinikträger **F BDSG 1990 § 32 E 5**
 - presserechtlicher **H IFG § 1 E 1**
 - Umfang **F BDSG 1990 § 34 E 2; H IFG § 1 E 2**
- Auskunftskosten **F RL 95/46 Art. 12 E 1**
- Auskunftspflicht **F RL 95/46 Art. 13 E 1**
- Datenschutzbeauftragter **F BDSG 1990 § 23 E 1**
 - Umfang **F BDSG 1990 § 32 E 5**
- Auskunftspflichtverweigerung **F RL 95/46 Art. 13 E 1**
- Auskunftsrecht
- Verfassungsmäßigkeit **F BDSG 1990 § 38 E 2**
- Ausschließlich persönliche oder familiäre Tätigkeit **F BDSG 1990 § 1 E 3**
- Videoaufnahme im öffentlichen Straßenraum **F RL 95/46 Art. 3 E 1**
- Außerordentliche Kündigung
- Videoüberwachung **F BDSG 1990 § 32 E 10**
- Automatisierte Kfz-Kennzeichenerfassung **F GG Art. 2 I iVm Art. 1 I E 3**
- Automatisierte Speicherung **F BDSG 1990 § 1 E 4**
- »Bavarian Lager/Kommission« **F VO 45/2001 Art. 8 E 1**
- Behördliche Einsichtnahme **F RL 95/46 Art. 6 E 1**
- Beratungen
- vertrauliche **H IFG § 4 E 1**
- Berechtigtes Interesse **F BDSG 1990 § 28a E 1**
- Bereichsspezifisches Datenschutzrecht **vor A 0.1 Rn. 16 ff., 25 ff.**
- Berufsunfähigkeitszusatzversicherung **F BDSG 1990 § 4a E 2**
- Berufszählung **F GG Art. 2 I iVm Art. 1 I E 1**
- Beschäftigtendatenschutz **G 2.4.1**
- DSK Kurzpapier **G 2.4.54**
- Beschäftigtendatenschutzgesetz **G 2.4.14**
- Beschäftigungsverhältnis **F BDSG 1990 § 32 E 1, E 11**
- Bestellung eines Datenschutzbeauftragten **F BDSG 1990 § 4f E 2**
- Bestimmtheit des Auskunftsanspruchs **F BDSG 1990 § 34 E 1**
- Bestimmtheitsgebot
- Antiterrordatei **F GG Art. 2 I iVm Art. 1 I E 5**
- Betriebsgeheimnisse **H IFG § 1 E 1**

Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO)

ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1

Inhaltsübersicht

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1 Gegenstand und Ziele
- Art. 2 Sachlicher Anwendungsbereich
- Art. 3 Räumlicher Anwendungsbereich
- Art. 4 Begriffsbestimmungen

Kapitel II

Grundsätze

- Art. 5 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten
- Art. 6 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung
- Art. 7 Bedingungen für die Einwilligung
- Art. 8 Bedingungen für die Einwilligung eines Kindes in Bezug auf Dienste der Informationsgesellschaft
- Art. 9 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
- Art. 10 Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten
- Art. 11 Verarbeitung, für die eine Identifizierung der betroffenen Person nicht erforderlich ist

Kapitel III

Rechte der betroffenen Person

Abschnitt 1

Transparenz und Modalitäten

- Art. 12 Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person

Abschnitt 2

Informationspflicht und Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten

- Art. 13 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person
- Art. 14 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden
- Art. 15 Auskunftsrecht der betroffenen Person

Abschnitt 3

Berichtigung und Löschung

- Art. 16 Recht auf Berichtigung
- Art. 17 Recht auf Löschung (»Recht auf Vergessenwerden«)
- Art. 18 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Art. 19 Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung
- Art. 20 Recht auf Datenübertragbarkeit

A 1.1

VO (EU) 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung

Abschnitt 4

Widerspruchsrecht und automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall

Art. 21 Widerspruchsrecht

Art. 22 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling

Abschnitt 5

Beschränkungen

Art. 23 Beschränkungen

Kapitel IV

Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter

Abschnitt 1

Allgemeine Pflichten

Art. 24 Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Art. 25 Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen

Art. 26 Gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche

Art. 27 Vertreter von nicht in der Union niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern

Art. 28 Auftragsverarbeiter

Art. 29 Verarbeitung unter der Aufsicht des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters

Art. 30 Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

Art. 31 Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde

Abschnitt 2

Sicherheit personenbezogener Daten

Art. 32 Sicherheit der Verarbeitung

Art. 33 Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde

Art. 34 Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person

Abschnitt 3

Datenschutz-Folgenabschätzung und vorherige Konsultation

Art. 35 Datenschutz-Folgenabschätzung

Art. 36 Vorherige Konsultation

Abschnitt 4

Datenschutzbeauftragter

Art. 37 Benennung eines Datenschutzbeauftragten

Art. 38 Stellung des Datenschutzbeauftragten

Art. 39 Aufgaben des Datenschutzbeauftragten

Abschnitt 5

Verhaltensregeln und Zertifizierung

Art. 40 Verhaltensregeln

Art. 41 Überwachung der genehmigten Verhaltensregeln

Art. 42 Zertifizierung

Art. 43 Zertifizierungsstellen

Kapitel V

Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer oder an internationale Organisationen

Art. 44 Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung

Art. 45 Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses

Art. 46 Datenübermittlung vorbehaltlich geeigneter Garantien

Art. 47 Verbindliche interne Datenschutzvorschriften

Art. 48 Nach dem Unionsrecht nicht zulässige Übermittlung oder Offenlegung

Art. 49 Ausnahmen für bestimmte Fälle

Art. 50 Internationale Zusammenarbeit zum Schutz personenbezogener Daten

Kapitel VI

Unabhängige Aufsichtsbehörden

Abschnitt 1

Unabhängigkeit

Art. 51 Aufsichtsbehörde

Art. 52 Unabhängigkeit

Art. 53 Allgemeine Bedingungen für die Mitglieder der Aufsichtsbehörde

Art. 54 Errichtung der Aufsichtsbehörde

Abschnitt 2

Zuständigkeit, Aufgaben und Befugnisse

Art. 55 Zuständigkeit

Art. 56 Zuständigkeit der federführenden Aufsichtsbehörde

Art. 57 Aufgaben

Art. 58 Befugnisse

Art. 59 Tätigkeitsbericht

Kapitel VII

Zusammenarbeit und Kohärenz

Abschnitt 1

Zusammenarbeit

Art. 60 Zusammenarbeit zwischen der federführenden Aufsichtsbehörde und den anderen betroffenen Aufsichtsbehörden

Art. 61 Gegenseitige Amtshilfe

Art. 62 Gemeinsame Maßnahmen der Aufsichtsbehörden

Abschnitt 2

Kohärenz

Art. 63 Kohärenzverfahren

Art. 64 Stellungnahme des Ausschusses

Art. 65 Streitbeilegung durch den Ausschuss

Art. 66 Dringlichkeitsverfahren

Art. 67 Informationsaustausch

Abschnitt 3

Europäischer Datenschutzausschuss

Art. 68 Europäischer Datenschutzausschuss

Art. 69 Unabhängigkeit

Art. 70 Aufgaben des Ausschusses

Art. 71 Berichterstattung

Art. 72 Verfahrensweise

Art. 73 Vorsitz

Art. 74 Aufgaben des Vorsitzes

Art. 75 Sekretariat

Art. 76 Vertraulichkeit

Kapitel VIII

Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen

Art. 77 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Art. 78 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine Aufsichtsbehörde

Art. 79 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter

Art. 80 Vertretung von betroffenen Personen

Art. 81 Aussetzung des Verfahrens

Art. 82 Haftung und Recht auf Schadenersatz

Art. 83 Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

Art. 84 Sanktionen

A 1.1

VO (EU) 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung

Kapitel IX

Vorschriften für besondere Verarbeitungssituationen

- Art. 85 Verarbeitung und Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit
- Art. 86 Verarbeitung und Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten
- Art. 87 Verarbeitung der nationalen Kennziffer
- Art. 88 Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext
- Art. 89 Garantien und Ausnahmen in Bezug auf die Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken
- Art. 90 Geheimhaltungspflichten
- Art. 91 Bestehende Datenschutzvorschriften von Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften

Kapitel X

Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte

- Art. 92 Ausübung der Befugnisübertragung
- Art. 93 Ausschussverfahren

Kapitel XI

Schlussbestimmungen

- Art. 94 Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG
- Art. 95 Verhältnis zur Richtlinie 2002/58/EG
- Art. 96 Verhältnis zu bereits geschlossenen Übereinkünften
- Art. 97 Berichte der Kommission
- Art. 98 Überprüfung anderer Rechtsakte der Union zum Datenschutz
- Art. 99 Inkrafttreten und Anwendung

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –
gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 16,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen²,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren³,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ist ein Grundrecht. Gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden »Charta«) sowie Artikel 16 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat jede Person das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.

¹ ABl. C 229 vom 31.7.2012, S. 90.

² ABl. C 391 vom 18.12.2012, S. 127.

³ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 12.3.2014 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Standpunkt des Rates in erster Lesung vom 8.4.2016 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht). Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 14.4.2016.

(2) Die Grundsätze und Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten sollten gewährleisten, dass ihre Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltsorts gewahrt bleiben. Diese Verordnung soll zur Vollendung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und einer Wirtschaftsunion, zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, zur Stärkung und zum Zusammenwachsen der Volkswirtschaften innerhalb des Binnenmarkts sowie zum Wohlergehen natürlicher Personen beitragen.

(3) Zweck der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates¹ ist die Harmonisierung der Vorschriften zum Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen bei der Datenverarbeitung sowie die Gewährleistung des freien Verkehrs personenbezogener Daten zwischen den Mitgliedstaaten.

(4) Die Verarbeitung personenbezogener Daten sollte im Dienste der Menschheit stehen. Das Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten ist kein uneingeschränktes Recht; es muss im Hinblick auf seine gesellschaftliche Funktion gesehen und unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips gegen andere Grundrechte abgewogen werden. Diese Verordnung steht im Einklang mit allen Grundrechten und achtet alle Freiheiten und Grundsätze, die mit der Charta anerkannt wurden und in den Europäischen Verträgen verankert sind, insbesondere Achtung des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und der Kommunikation, Schutz personenbezogener Daten, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, unternehmerische Freiheit, Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren und Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.

(5) Die wirtschaftliche und soziale Integration als Folge eines funktionierenden Binnenmarkts hat zu einem deutlichen Anstieg des grenzüberschreitenden Verkehrs personenbezogener Daten geführt. Der unionsweite Austausch personenbezogener Daten zwischen öffentlichen und privaten Akteuren einschließlich natürlichen Personen, Vereinigungen und Unternehmen hat zugenommen. Das Unionsrecht verpflichtet die Verwaltungen der Mitgliedstaaten, zusammenzuarbeiten und personenbezogene Daten auszutauschen, damit sie ihren Pflichten nachkommen oder für eine Behörde eines anderen Mitgliedstaats Aufgaben durchführen können.

(6) Rasche technologische Entwicklungen und die Globalisierung haben den Datenschutz vor neue Herausforderungen gestellt. Das Ausmaß der Erhebung und des Austauschs personenbezogener Daten hat eindrucksvoll zugenommen. Die Technik macht es möglich, dass private Unternehmen und Behörden im Rahmen ihrer Tätigkeiten in einem noch nie dagewesenen Umfang auf personenbezogene Daten zurückgreifen. Zunehmend machen auch natürliche Personen Informationen öffentlich weltweit zugänglich. Die Technik hat das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben verändert und dürfte den Verkehr personenbezogener Daten innerhalb der Union sowie die Datenübermittlung an Drittländer und internationale Organisationen noch weiter erleichtern, wobei ein hohes Datenschutzniveau zu gewährleisten ist.

(7) Diese Entwicklungen erfordern einen soliden, kohärenteren und klar durchsetzbaren Rechtsrahmen im Bereich des Datenschutzes in der Union, da es von großer Wichtigkeit ist, eine Vertrauensbasis zu schaffen, die die digitale Wirtschaft dringend benötigt, um im Binnenmarkt weiter wachsen zu können. Natürliche Personen sollten die Kontrolle über ihre eigenen Daten

1 Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.10.1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31).

Cybersecurity Law*

Promulgating Entities:	Standing Committee of the National People's Congress
Promulgation Date:	2016-11-7
Source of original text:	http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2016-11/07/content_2001605.htm

Table of Contents

Chapter I: General Provisions
Chapter II: Support and Promotion of Network Security
Chapter III: Network Operations Security
Section 1: General Provisions
Section 2: Operations Security for Critical Information Infrastructure
Chapter IV: Network Information Security
Chapter V: Monitoring, Early Warnings, and Emergency Responses
Chapter VI: Legal Responsibility
Chapter VII: Supplementary Provisions

Chapter I: General Provisions

Article 1: This law is formulated so as to ensure network security, to safeguard cyberspace sovereignty, national security and the societal public interest, to protect the lawful rights and interests of citizens, legal persons and other organizations, and to promote the healthy development of economic and social informatization.

Article 2: This law applies with respect to the construction, operation, maintenance and usage of networks, as well as network security supervision and management within the mainland territory of the People's Republic of China.

Article 3: The State persists in equally stressing network security and informatization development, and abides by the directives of active use, scientific development, management in accordance with law, and ensuring security; and advances the construction of network infrastructure and interconnectivity, encouraging innovation and application of network technology, supporting cultivation of network talent, establishing and completing systems to safeguard network security, and raising the capacity to protect network security.

Article 4: The State formulates and continuously improves a network security strategy, clarifies the fundamental requirements and primary goals of network security, and puts forward network security policies, work tasks, and procedures for key fields.

* Unofficial translation. Reprinted from <https://www.chinalawtranslate.com/cybersecuritylaw/?lang=en> with the kind permission of »China Law Translate« (CLT) as copyright holder. Please note, CLT's permission is required for republication in any format.

D 2.31.1

Cybersecurity Law

Article 5: The State takes measures for monitoring, preventing, and handling network security risks and threats arising both within and without the mainland territory of the People's Republic of China, protects critical information infrastructure against attacks, intrusions, interference and destruction; and pushes unlawful and criminal network activities in accordance with law, preserving cyberspace security and order.

Article 6: The State advocates sincere, honest, healthy and civilized network conduct; promoting dissemination of the core socialist values, adopting measures to raise the entire society's awareness and level of network security, and forming a good environment for the entire society to jointly participate in advancing network security.

Article 7: The State actively carries out international exchange and cooperation in the areas of cyberspace governance, research and development of network technologies, formulation of standards, attacking cybercrime and illegality, and other such areas; promoting the construction of a peaceful, secure, open and cooperative cyberspace; and establishing a network governance system that is multilateral, democratic and transparent.

Article 8: The State network information departments are responsible for comprehensively planning and coordinating network security efforts and related supervision and management efforts. The State Council Departments for telecommunications, public security, and other relevant organs, are responsible for network security protection, supervision and management efforts within the scope of their responsibilities, in accordance with the provisions of this Law, relevant laws and administrative regulations.

Network security protection, supervision and management duties for relevant departments in people's governments at the county level or above will be determined by relevant national regulations.

Article 9: Network operators carrying out business and service activities must follow the laws and administrative regulations, obey social mores and obey commercial ethics, be honest and credible, perform obligations to protect network security, accept supervision from the government and public, and bear social responsibility.

Article 10: The construction and operation of networks, or the provision of services through networks, shall be in accordance with the provisions of laws and administrative regulations, and with the mandatory requirements of State standards; adopting technical measures and other necessary measures to safeguard network security and operational stability, effectively responding to network security incidents, preventing cybercrimes, and unlawful activity, and preserving the integrity, secrecy and usability of online data.

Article 11: Relevant network industry organizations are to, according to their Articles of Association, strengthen industry self-discipline, formulate behavioral network security norms, guide their members in strengthening network security protection according to the law, raise the protection levels of network security, and stimulate the healthy development of the industry.

Article 12: The State protects the rights of citizens, legal persons, and other organizations to use networks in accordance with law; it promotes widespread network access, raises the level of network services, it provides secure and convenient network services to society, and guarantees the lawful, orderly and free circulation of network information.

Any person and organization using networks shall abide by the Constitution and laws, observe public order and respect social morality; they must not endanger network security, and must not use the network to engage in activities endangering national security, national honor and inter-

Wissenschaft, Forschung und Bildung – Einführung –

Von

Paul C. Johannes, LL.M.

Rechtsanwalt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet) im Wissenschaftlichen Zentrum für Informationstechnik-Gestaltung (ITeG) an der Universität Kassel

Literatur (Auswahl):

Johannes, Wissenschaftliche Forschung, in: Roßnagel, Das neue Datenschutzrecht, 2018, § 7; *Johannes/Richter*, Privilegierte Verarbeitung im BDSG-E – Regeln für Archivierung, Forschung und Statistik, DuD 2017, 300; *Metschke/Wellbrock*, Datenschutz in Wissenschaft und Forschung, 2002; *Schaar*, Anpassung von Einwilligungserklärungen für wissenschaftliche Forschungsprojekte, ZD 2017, 213.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

II. Forschung

1. Grundrechtsbezüge
2. Datenschutz-Grundverordnung
 - a) Anwendungsbereich
 - b) Regelungsinhalte
3. Regelungen im sonstigen Unionsrecht
4. Regelungen in Deutschland
 - a) Überblick
 - b) Rechtslage bis zum 25.5.2018
 - c) Rechtslage ab dem 25.5.2018
 - aa) Wissenschaft im öffentlichen Interesse
 - bb) Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
 - cc) Betroffenenrechte
 - dd) Veröffentlichungen
 - ee) Anonymisierung und Pseudonymisierung

III. Bildung

1. Grundrechtsbezüge
2. Datenschutz-Grundverordnung
3. Regelungen in Deutschland
 - a) Schule
 - b) Lehre

IV. Zusammenfassung: Ko-Regulierung

I. Einleitung

In der Wissenschaft werden in vielen Bereichen personenbezogene Daten zu Forschungszwecken verarbeitet. Auch in der Hochschullehre und der schulischen Bildung wird von den Trägern, meist öffentlichen Einrichtungen, mit einer Vielzahl von personenbezogenen Daten umgegangen. Europäisches und deutsches Recht kennt daher in der spezial- und bereichsspezifischen

E 10.0

Einführung

Regelungsmaterie zum Wissenschafts- und zum Bildungsrecht viele Bestimmungen zum Datenschutz. Aufgrund der föderativen Staatsstruktur Deutschlands verteilen sich die relevanten Regelungen außerdem auf das Bundesrecht und das Recht der Länder.

- 2 Um die vielschichtige Materie aus der Perspektive des Datenschutzes zu erfassen, ist es sinnvoll, sie in der Darstellung aufzuteilen. Unter Forschung (II.) werden die Regeln zur wissenschaftlichen Forschung zusammengefasst. Unter Bildung (III.) werden die Regeln zur Lehre sowie zur schulischen und betrieblichen Ausbildung vorgestellt. Die Aufteilung schickt sich, weil es im ersteren Bereich zumeist um die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Hauptzweck der Tätigkeit selbst geht, also die wissenschaftliche Auswertung von Daten. Dagegen geht es im letzteren Bereich zumeist um die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung des Hauptzwecks lediglich organisatorisch notwendig ist, also zur Durchführung und Verwaltung der Lehre und Ausbildung.

II. Forschung

1. Grundrechtsbezüge

- 3 Der Mensch ist Untersuchungsziel vieler Wissenschaften, zB in der Medizin, in der Psychologie und in den Sozialwissenschaften. Dort sind personenbezogene Daten oft die Grundlage für den Erkenntnisgewinn. Der datenschutzkonforme Umgang mit Daten bereitet der **scientific community** aber erhebliche praktische Umsetzungsprobleme. Dies liegt auch daran, dass Wissenschaft ein mehrteiliger, inkrementeller Prozess ist. Forschungsdaten werden erhoben und aus ihnen werden Erkenntnisse gewonnen. Daten und Erkenntnisse werden aufbewahrt (zum Forschungsdatenmanagement *Johannes DÖV* 2017, 899) und dann, oft von anderen Stellen, weiterverarbeitet (zum Scientific Data Lifecycle *Johannes/Potthoff/Roßnagel/Neumaier/Madiesh/Hackel*, *Be-weissicheres elektronisches Laborbuch*, 2013, S. 17f. mwN.).
- 4 Nicht nur die informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs.1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG) und personenbezogene Daten (Art. 8 GRCh) sind grundrechtlich und primärrechtlich geschützt. Auch die Freiheit der Wissenschaft ist ein anerkanntes Element der **Verfassungstraditionen** der Mitgliedstaaten (*Jarass* 2016, GRCh Art. 13 Rn. 1). Sie wird durch Art. 5 Abs. 3 S.1 GG (»Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei«) grundgesetzlich gewährleistet. Das europäische Primärrecht formuliert in Art. 13 GRCh unter der Überschrift »Freiheit der Kunst und der Wissenschaft« dementsprechend »Kunst und Forschung sind frei«. Die Begriffe Wissenschaft und Forschung sind in Literatur und Rechtsprechung durch objektive und subjektive Merkmale konkretisiert (vgl. *Scholz* in: *Maunz/Dürig* 2016, GG Art. 5 III, vor Rn. 1).
- 5 Das Grundrecht ist sowohl nach dem Grundgesetz als auch nach der Charta der Grundrechte ein **Abwehrrecht**, weist aber auch **Schutzgehalte** auf (*Scholz* in: *Maunz/Dürig* 2016, GG Art. 5 III Rn. 8; *Jarass* 2016, GRCh Art. 13 Rn. 2). Der Begriff der »Wissenschaft« bildet den Oberbegriff für Forschung und akademische Lehre (BVerfGE 35, 79 (113)). Er ist aufgrund der prinzipiellen Offenheit des wissenschaftlichen **Erkenntnisprozesses** wandelbar (BVerfGE 35, 79; 90, 1). Die Wissenschaft ist ein dialogischer Prozess zur Suche nach Erkenntnis. **Wissenschaftliche Forschung ist die Tätigkeit mit dem Ziel, in methodischer, systematischer und nachprüfbarer Weise neue Erkenntnisse zu gewinnen und neues Wissen zu generieren** (BVerfGE 35, 79 (113); *Jarass* 2016, GRCh Art. 13 Rn. 6; *Ruffert* in: *Calliess/Ruffert* 2016, GRCh Art. 13 Rn. 6).

§ 32 Abs. 1 Satz 1 ist Rechtsgrundlage für Überwachung wegen Verdachts einer schwerwiegenden Pflichtverletzung

Gericht:	BAG (Urteil)
Datum:	29.6.2017
Aktenzeichen:	2 AZR 597/16
Vorinstanz:	LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 20.7.2016, Az. 4 Sa 61/15
Normen:	§ 28 Abs. 1 BDSG § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG Art. 5 DSRL Art. 7 lit. f DSRL § 286 ZPO Art. 2 Abs. 1 GG, Art. 1 Abs. 1 GG § 626 Abs. 1 BGB
Fundstellen:	NJW 2017, 2853; NZA 2017, 1179; BB 2017, 2364; ZIP 2017, 1873
Stichwörter:	Überwachung, Arbeitnehmer, Verdacht schwerwiegender Pflichtverletzung

Leitsatz:

Eine vom Arbeitgeber veranlasste verdeckte Überwachungsmaßnahme zur Aufdeckung eines auf Tatsachen gegründeten konkreten Verdachts einer schwerwiegenden Pflichtverletzung des Arbeitnehmers kann nach § 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG zulässig sein.

Zum Sachverhalt:

- Die Parteien streiten über die Wirksamkeit einer außerordentlichen, hilfsweise ordentlichen Kündigung sowie den Ersatz von Detektivkosten und einen Auskunftsanspruch. **1**
- Die Beklagte stellt Stanzwerkzeuge und -formen her. Der Kläger war bei ihr seit Dezember 1978 als Mitarbeiter im Stanzformenbau beschäftigt. Er war im Jahre 2014 mehrfach arbeitsunfähig krankgeschrieben. Seit dem 20. Januar 2015 war ihm durchgehend Arbeitsunfähigkeit attestiert. Die Beklagte leistete an ihn Entgeltfortzahlung bis zum 2. März 2015. **2**
- Ein Geschäftsführer der Beklagten erhielt am 29. Mai 2015 Kenntnis von einer E-Mail der M GmbH, einer im Jahre 2013 gegründeten Firma der Söhne des Klägers. Die E-Mail war an eine Kundin der Beklagten gerichtet. Darin hieß es ua., man verkaufe als Familienunternehmen günstig Stanzformen, der Kläger montiere seit 38 Jahren, es sei unglaublich, was er alles so hinbekomme. **3**
- Die Beklagte gab dem Kläger Gelegenheit zur Stellungnahme wegen des Verdachts wettbewerbswidriger Konkurrenz Tätigkeit und des Vortäuschens einer Erkrankung. Dieser äußerte sich nicht. **4**

§ 32 E 12

BDSG 1990

- 5 Die Beklagte kündigte das Arbeitsverhältnis der Parteien mit Schreiben vom 11. Juni 2015 außerordentlich fristlos, hilfsweise ordentlich zum 31. Januar 2016.
- 6 Dagegen hat sich der Kläger mit der vorliegenden Klage gewandt. Er hat beide Kündigungen für unwirksam gehalten, da es an einem sie rechtfertigenden Grund fehle. Er habe nicht in der Firma seiner Söhne gearbeitet, sondern sei tatsächlich arbeitsunfähig krank gewesen.
- 7 Der Kläger hat – soweit für die Revision von Bedeutung – beantragt
festzustellen, dass das Arbeitsverhältnis der Parteien durch die Kündigungen vom 11. Juni 2015 nicht geendet hat.
- 8 Die Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen. Im Wege der Widerklage hat sie – soweit im Revisionsverfahren noch von Interesse – beantragt,
 1. den Kläger zu verurteilen, an sie 746,55 Euro nebst Zinsen zu zahlen;
 2. den Kläger zur Auskunftserteilung zu verurteilen, welche Aufträge er für die Firma M GmbH bearbeitet hat.
- 9 Die Beklagte hat die Kündigungen für gerechtfertigt gehalten. Sie habe Anfang November 2013 – unmittelbar, nachdem sie von der Gründung der Firma M Kenntnis erlangt habe – mit dem Kläger ein Personalgespräch geführt, bei welchem er darauf hingewiesen worden sei, dass er in dem Betrieb nicht konkurrierend tätig werden dürfe. Dies sei dem Kläger – unstreitig – außerdem schriftlich mitgeteilt worden. Das Privatfahrzeug des Klägers habe während seiner Arbeitsunfähigkeit im Februar 2014 auf dem Gelände der Firma M gestanden. Daraufhin habe sie ein Detektivbüro eingeschaltet, welches Anhaltspunkte für eine Konkurrenztaetigkeit des Klägers nicht nur im Februar 2014, sondern auch im März und im Juni 2014 ermittelt habe. Weitere Erkenntnisse hätten die Überwachungen, bedingt durch die Lage des Firmengeländes, nicht erbracht. Nachdem sie Kenntnis von der E-Mail der Firma M vom 29. Mai 2015 erlangt habe, habe sie im Juni 2015 erneut ein Detektivbüro beauftragt. Ein Detektiv, der sich als Fahrer einer Kundenfirma ausgegeben habe, habe den Kläger am 3. Juni 2015 bei der Firma M Tätigkeiten erbringen sehen, wie er sie ebenso bei der Beklagten zu verrichten gehabt hätte. Der Kläger schulde ihr daher Schadensersatz jedenfalls für die Detektivkosten iHv. 746,55 Euro wegen des Einsatzes im Juni 2015 sowie Auskunft über die von ihm bei der Firma M bearbeiteten Aufträge.
- 10 Das Arbeitsgericht hat die Kündigungsschutzklage abgewiesen und den Kläger zum Ersatz der Detektivkosten für den Einsatz im Juni 2015 sowie zur Auskunft verurteilt. Das Landesarbeitsgericht hat der Klage stattgegeben und die Widerklage abgewiesen. Mit ihrer Revision begehrt die Beklagte die Wiederherstellung der erstinstanzlichen Entscheidung.

Aus den Gründen:

- 11 Die Revision ist begründet. Das führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Landesarbeitsgericht (§ 562 Abs. 1, § 563 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Dieses hat – im Umfang des Revisionsangriffs – das arbeitsgerichtliche Urteil zu Unrecht abgeändert. Die angefochtene Entscheidung beruht insoweit auf einer rechtsfehlerhaften Anwendung von § 286 ZPO iVm. Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 GG und § 32 Abs. 1 BDSG. Ob eine der Kündigungen vom 11. Juni 2015 wirksam ist und ob die Ansprüche der Beklagten auf Ersatz von Detektivkosten in Höhe von 746,55 Euro sowie auf Auskunft bestehen, steht noch nicht fest.
- 12 I. Mit der bisherigen Begründung durfte das Landesarbeitsgericht nicht annehmen, es fehle für die fristlose Kündigung an einem wichtigen Grund iSd. § 626 Abs. 1 BGB.

»Nicht bei Open Data stehenbleiben: Jetzt auch Transparenzgesetze in Bund und Ländern schaffen!«*

Entschließung der Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland

vom 2. Dezember 2016

Die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten fordert die Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, jetzt flächendeckend Transparenzgesetze zu schaffen. Solche Gesetze verbinden den individuellen, antragsgebundenen Informationszugangsanspruch mit der Verpflichtung öffentlicher Stellen, bestimmte Informationen aktiv auf Informationsplattformen im Internet zu veröffentlichen.

Anlass für die Forderung ist ein Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 14. Oktober 2016. Nach dieser Vereinbarung werden Bund und Länder Open-Data-Gesetze erlassen und das Ziel verfolgen, bundesweit vergleichbare Standards für den Zugang zu öffentlichen Datenpools zu erreichen.

Die Informationsfreiheitsbeauftragten befürworten zwar die Zielrichtung des Beschlusses; dieser greift jedoch zu kurz. Neben der Bereitstellung von Rohdaten in standardisierten und offenen Formaten für eine Weiterverwendung gebietet die Transparenz öffentlichen Handelns, zusammenhängende, aus sich heraus nachvollziehbare Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Hierfür kommen beispielsweise Verträge, Gutachten, Studien, umweltrelevante Konzepte, Pläne, Programme oder Zulassungsentscheidungen, Berichte, Protokolle, Beschlüsse, Organisationserlasse, Statistiken, öffentliche Planungen, Haushalts-, Stellen-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne, Drucksachen, Verwaltungsvorschriften oder wesentliche Bestandteile von Subventions- und Zuwendungsvergaben und Baugenehmigungen sowie die wesentlichen Unternehmensdaten öffentlicher Beteiligungen einschließlich der Vergütung der Leitungsebenen infrage.

Daher fordert die Konferenz, dass Bund und Länder ihre Behörden verpflichten, derartige Dokumente grundsätzlich im Internet zu veröffentlichen. Der bekannt gewordene Entwurf des Eckpunktepapiers des Bundes vom 18.10.2016¹ genügt diesen Anforderungen nicht. Anstatt separate Gesetze zu schaffen oder die Regelungen den eher informationstechnisch orientierten E-Government-Gesetzen zu überlassen, sollte der Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern so umgesetzt werden, dass Open-Data-Regelungen in Transparenzgesetze aufgenommen werden. Länder, die noch nicht über solche Gesetze verfügen, sollten nach Auffassung der Informationsfreiheitsbeauftragten vorhandene Informationsfreiheitsgesetze entsprechend fortentwickeln. Auch fordert die Konferenz jene Länder auf, die keinen allgemeinen Anspruch auf Informationszugang gewähren, endlich ein modernes Informationsrecht einzuführen.

* Bei Enthaltung des Bundes

¹ Siehe netzpolitik.org